Interview mit Genossen Ernst Aust
III. Parteitag der KPD/ML - ein Jahr danach Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 10. Februar 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig

Streikwelle in den letzten Wochen

Kampfbereitschaft in den Betrieben wächst

Die Hafenarbeiter lehnen den 6,4%-Verrat ab. Drucker zwingen die IG-Druck-Führung durch Streiks, den bereits ausgehandelten Rationalisierungsvertrag abzulehnen. Im Ruhrgebiet und in Baden-Württemberg Warnstreiks gegen die provokativen 3%-Angebote der Metall-Kapitalisten. Es ist unübersehbar, der Kampfgeist der Kollegen ist gewachsen! „Das Maß ist voll", so denken viele Kollegen.

Jahrelang wurden von Regierung und Gewerkschaftsapparat eingehämmert: Verzichtet auf höhere Löhne, dann sichert ihr die Arbeitsplätze! Nehmt Rücksicht auf die Wirtschaft! Doch das verfängt kaum noch. Immer mehr Kollegen sehen: Ein niedriger Lohnabschluß hat noch keinem Arbeiter den Arbeitsplatz gesichert. Die Kapitalisten stoßen sich stattdessen in der Krise gesund, machen Millionen-Profite. Und die Arbeiter sollen ihren Rücken hinhalten: Immer weniger Geld in der Tasche. Mehr Arbeit durch Rationalisierung. Über eine Million auf der Straße.

Wir brauchen eine echte Lohnerhöhung! Für diese Forderung standen in den letzten Tagen in vielen Betrieben die Bänder still. Meistens waren es Warnstreiks. Noch vom Gewerkschaftsapparat kontrolliert. Aber die Breite dieser Arbeitsniederlegungen, der Wunsch vieler Kollegen, die Warnstreiks auszuweiten, zeigte, daß die Bereitschaft der Arbeiterklasse, der Kapitalistenklasse die Faust zu zeigen, enorm angestiegen ist.

- So streikten in der letzten Januarwoche allein 56.000 Arbeiter in Metallbetrieben in Nordbaden/Nordwürttemberg.
- Am letzten Montag schmissen 4.500 die Brocken hin. In Stuttgart, Göppingen, Bruchsal und Eberbach.
- Am Mittwoch zogen über tausend Stahlarbeiter vor das Mannesmann-Hauptgebäude in Duisburg und protestierten gegen die Provokation des Arbeitgeberverbandes. Am gleichen Tag machten 8.000 Arbeiter im Südwesten ebenfalls einen Warnstreik.
- Am Donnerstag: 4.000 Stahlarbeiter der Henrichshütte in Hattingen, 1.100 bei Mannesmann in Bielefeld und 1.300 bei den Metallwerken Läpple in Neckarsulm.
- Auch am Freitag riß die Warnstreikwelle nicht ab. 3.000 in Esslingen, 250 bei der Metallfirma Schade in Dortmund, 100 bei Kestermann in Bochum.

Vor allem aber zeigt der Streik der Drucker bei „Gruner und Jahr" in Hamburg und bei der „Frankfurter Rundschau" gegen das Rationalisierungsabkommen, das der IG-Druck-Apparat ihnen vorsetzte, zeigt der Schlag ins Gesicht für den ÖTV-Apparat durch die Abstimmung der Hafenarbeiter über den 6,4%-Verrat, daß viele der Arbeiter die Abwiegelei des Gewerkschaftsapparates nicht mehr mitmachen. Daß sie bereit sind, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen!

Die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen fürchten, daß das Beispiel der Hafenarbeiter Schule macht. Und so ist es, wir können daraus lernen. Der Kampf der Hafenarbeiter hat gezeigt, daß wir durch konsequenten Kampf, durch Streik den Kapitalisten Lohnzugeständnisse abzwingen können. Und er hat deutlich gemacht, daß dieser Kampf auch gegen die Verräter vom Gewerkschaftsapparat geführt werden muß. Erfolge sind nur zu erringen, wenn wir Arbeiter unsere gewerkschaftliche Kampforganisation, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Schritt für Schritt aufbauen! Wenn wir den Kampf für echte Lohnerhöhungen in die eigenen Hände nehmen!



Am 1. Februar streikten ca. 1.000 Kollegen bei Mannesmann in Duisburg. Mit einem Transparent „Damit wir die Prozente sehen, muß die Produktion stillstehen!" zogen die Kollegen zum Tagungsort des Vorstandes, um die Overbeck, Pullain und Co., die sich dort versammelt hatten, zur Rede zu stellen.

Regierungskrise in Bonn

Plötzlich ging alles sehr schnell. Praktisch über Nacht gab es in Bonn vier Ex-Minister und sechs neubesetzte Ministerien. Regierungskrise? Davon will Kanzler Schmidt nichts wissen. Und auch die Presse — sofern sie nicht der CDU nahesteht und Morgenluft für die Opposition wittert — bemühte sich krampfhaft, die Ministerstürze zu verharmlosen und zu vertuschen, wie tief die Bonner Regierung in der Tinte sitzt.

Sollen sie. Wir haben keinen Grund, uns etwas vorzumachen. Denn für die Werktätigen sind die Schwierigkeiten der Herren in Bonn wahrhaftig kein Grund zur Besorgnis. Im Gegenteil. Zeigen sie doch, daß es den Herrschenden immer schwerer fällt, so zu herrschen wie bisher. Daß es sich bei der Regierungskrise in Bonn um ein Zeichen der Schwäche der Herrschenden, um ein Ergebnis der Verschärfung der Klassenkämpfe handelt, daran gibt es keinen Zweifel.

Kein Mensch glaubt doch daran, daß es sich bei dieser „Kabinettsumbildung", wie die Herren in Bonn sich ausdrücken, darum geht, daß ein Herr Leber aus Uninformiertheit einmal im Bundestag die Wahrheit gesagt hat, daß ein Herr Rohde schon immer lieber für die Arbeitsgemein-

Fortsetzung auf Seite 2

RGO-Liste bei BASF

Schlappe für IG-Chemie-Apparat

Die Versuche des IG-Chemie-Apparats, die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bei BASF zu zerschlagen, sind vorerst gescheitert. An dem Ludwigshafener Riesenbetrieb (50.000 Beschäftigte) ist die RGO auf den Kampfplatz getreten und in die Offensive gegangen. Es geht um einen wichtigen Schritt bei der Schmiedung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die BASF-Kapitalisten und gegen den arbeiterfeindlichen Apparat der IG Chemie. Es geht um die Stärkung der Kampfkraft der Belegschaft zur Durchsetzung ihrer Interessen. Der kühne Vorstoß klassenbewußter und revolutionärer Gewerkschafter wird von breiten Teilen der BASF-Arbeiter mit Sympathie verfolgt und findet zunehmend ihre Unterstützung.

Die Kapitalisten und die IG-Chemie-Bonzen eröffneten sofort aus allen Rohren das Feuer auf die RGO-Liste. Presse und Fernsehen begannen mit einer wüsten Hetzpropaganda. Keine Lüge war zu schmutzig, kein Mittel zu niederträchtig, um gegen die Liste vorzugehen. Die Gewerkschaftsbonzen scheuten sich nicht einmal, allen IG-Chemie-Mitgliedern, die die Liste unterschrieben hatten, mit Gewerkschaftsausschluß zu drohen, falls sie nicht bereit wären, nachträglich die Liste des IG-Chemie-Apparats zu unterschreiben und ihre Unterschrift auf der Liste der RGO für ungültig zu erklären. IG-Chemie-Boß Hauenschildt persönlich kam nach Ludwigshafen und erteilte Anweisungen, wie gegen die revolutionären Gewerkschafter vorzugehen sei.

Aber vergebens. Spätestens am Dienstag den 7. Februar (das ist nach Redaktionsschluß des RM) muß der Wahlvorstand endgültig bekanntge-

Fortsetzung auf Seite 5

Razziengesetze

Mit der Maschinenpistole im Anschlag

Samstag früh, 5 Uhr. Müde fahren die Opel-Arbeiter zur verhaßten Sonderschicht nach Rüsselsheim. Plötzlich Straßensperre. Polizeikontrolle. Mit Maschinenpistolen im Anschlag drängeln sich Polizisten in den vollbesetzten Schichtbus, kontrollieren die Papiere, fuchteln den Kollegen mit durchgeladenen Waffen vor der Nase herum. Ein Einzelfall? Nein. Auf dem Höhepunkt der „Schleyer"-Fahndung hat es fast jeder schon einmal erlebt: Kontrolle, Razzia, Überprüfung der Papiere, Durchsuchung von Wohnungen!

Bisher tarnte die Polizei diesen Terror als „Verkehrskontrolle" oder als „Abwehr einer drohenden Gefahr", denn diese Aktionen waren keineswegs gesetzlich abgesichert. Das soll nun anders werden. Der Bundestag will am 25. Februar diese Polizeistaatmethoden gesetzlich absegnen. Zusammen mit Gesetzen, die Trennscheibe und Verteidigerausschlüsse legalisieren sollen, will die Regierung „Razziengesetze" durchpeitschen, die der Polizei das Recht geben, wie die Gestapo die Werktätigen zu terrorisieren.

Auf Schritt und Tritt Kontrollen. Der Entwurf sieht vor, daß Polizeikontrollen „an Straßen, Plätzen und anderen öffentlich zugänglichen Stellen", z. B. Gaststätten, Bahnhöfen, errichtet werden können. Und jeder, der hier nur zufällig vorbeikommt, kann durchsucht werden, sein Auto kann auf den Kopf gestellt werden usw. Die Werktätigen werden völlig der Willkür der Polizeibeamten ausgeliefert. So wie es Innenminister

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Stahltarifrunde: Nein zu 3,8 und 4,2 Prozent! 3
Metalltarifrunde — weitere Warnstreiks 3
Warnstreiks gegen die IG-Druck-Bonzen 4
Schwarze Listen des DGB-Apparats 5
Majdanek-Prozeß: Blumen und Mitleid für die Mörder 6
Interview mit dem Schriftsteller Peter O. Chotjewitz 7
Zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht 8
Militante Streikkämpfe der US-Bergarbeiter 10
Für Spaniens Freiheit, Reportage (4) . 11

„Terroristische Aktion“

Am 31. 1. '78 hat die Bonner Regierung den Bummelstreik der Fluglotsen vor fünf Jahren ausdrücklich zu einer „terroristischen Aktion“ erklärt. Die Bundesregierung: Die Kampftaktik der Fluglotsen sei vergleichbar mit der Geiselnahme. Es bestehe die erschreckende Zukunftsvision einer Spezialistentruppe, die mit ihrem Streik das gesamte wirtschaftliche und öffentliche Leben lahmlegen könne. Hier müsse eine Grenze gesetzt werden.

Diese „Grenze“ setzte jetzt das oberste Gericht der Bundesrepublik, der Bundesgerichtshof. Er verurteilte den Verband der Fluglotsen dazu, rund 220 Millionen DM zu zahlen. Mit diesem Geld sollen die Schadensersatzforderungen beglichen werden, die Reiseunternehmen an die Bundesregierung, den Arbeitgeber der Fluglotsen, gerichtet hatten. Die Bundesregierung hatte sich geweigert, diese Gelder zu zahlen und mit den schon erwähnten ungeheuerlichen Argumenten den Fluglotsenverband auf die Zahlung von Schadensersatz verklagt. Und die Klassenjustiz gab ihr Recht.

Dieses Urteil bedeutet den finanziellen Ruin und das Ende des Fluglotsenverbandes. Er hat bereits erklärt, daß er Konkurs anmelden werde. Aber es geht nicht nur um den Fluglotsenverband. Es geht um das Recht aller Werktätigen, ihre Interessen mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen — und zwar organisiert. Das faschistische Urteil aus Karlsruhe ist ein ungeheuerlicher Angriff auf dieses Recht. Deshalb geht es alle Werktätigen an.

DGB-Reklame für Spitzel

Kaum glaublich, aber wahr. Vor kurzem führte der DGB im Artal ein Seminar durch, um zu zeigen — wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtete — „daß auch Beamte des Verfassungsschutzes Menschen sind.“ Referenten waren Verfassungsschutzbeamte. Ein gewisser Peter Frisch aus Hannover, Unterabteilungsleiter, und ein Schnüffler aus Westberlin. Der dritte Referent war der Bremer Senator Friedrich Lehmann, zuständig für das Personalwesen. Als Gäste waren Journalisten geladen. Unter der Schirmherrschaft des DGB-Apparats sollte ihnen nahegelegt werden, von „Verleumdungen“ über den Verfassungsschutz (wie etwa dem Anprangern von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten) abzulassen und stattdessen „Verständnis“ für den Verfassungsschutz zu wecken.

„Ausgerechnet der DGB?“ wird sich vielleicht mancher wundern, der sich an DGB-Protesten gegen Berufsverbote, an Protesten gegen Verfassungsschützer auf Gewerkschaftsversammlungen usw. erinnert. Ja, ausgerechnet. Und ist es denn wirklich so verwunderlich? Schließlich ist es kein Geheimnis, daß Verfassungsschützer und Polizisten bei den Gewerkschaftsbonzen gern gesehene Mitglieder der ÖTV sind, daß der DGB seit Jahrzehnten über einen zentralen Kontaktmann eng mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet, daß Verfassungsschutz und DGB-Apparat Hand in Hand arbeiten, um schwarze Listen über klassenkämpferische Kollegen anzulegen.

Diese enge Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz und Polizei zeigt das wahre Gesicht des DGB-Apparats. Seine papiernen Proteste dagegen sind nichts als Demagogie.

Parken bald eine Mark?

Am 30. 1. '78 meldeten die Zeitungen: Parkuhren sind rechtswidrig. Der Verwaltungsgerichtshof in Baden-Württemberg hatte in einem Urteil entschieden, daß es keine gesetzliche Grundlage für die berüchtigten „Groschengräber“ gibt. Die Millionen, die die Städte über die Parkuhren den Werktätigen aus der Tasche gezogen haben, sind also nach dem bürgerlichen Gesetz Diebesgut!

Und was folgt daraus? Werden etwa die Städte belangt, wird das gestohlene Geld den Autofahrern zurückgezahlt oder wird das Geld wenigstens für den Bau von Parkplätzen verwandt? Nichts dergleichen. Am selben Tag noch hörte man aus Bonn, die gesetzliche Grundlage für die Parkuhren ließe sich „im Nu“ schaffen. So läuft das, wenn der Staat bei seinem Übereifer, den Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen, gegen seine eigenen Gesetze verstößt. Versäumt es dagegen ein Autofahrer, ein Bußgeld von fünf DM zu bezahlen, kann es ihm passieren, daß deshalb ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt wird!

Aber das ist noch nicht alles. Wie der Deutsche Städtetag bekanntgab, will man die notwendig gewordene Gesetzesänderung gleich dazu ausnutzen, die Parkgebühren zu erhöhen. „Wir denken als Obergrenze an eine Mark für eine halbe Stunde Parken“, erklärte der Sprecher des Städtetags gegenüber der Presse. Bei der dazu notwendigen Umstellung der Parkuhren soll schnell und unbürokratisch verfahren werden. Die Erhöhung der Parkgebühren von 10 Pfg. auf eine DM soll möglicherweise noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Regierungskrise in Bonn

Fortsetzung von Seite 1

schaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD gearbeitet hätte, daß ein Herr Ravens den Wahlkampf in Niedersachsen gewinnen soll und ein Fräulein Schlei aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in ferne Länder reisen kann.

Worum es wirklich geht, ist ganz etwas anderes: Bereits eineinhalb Jahre nach der Wahl ist die Bonner Regierung bei den Werktätigen bereits so verhaßt und aufgrund der tiefen kapitalistischen Krise so zerrüttet, daß sie den Sturz einiger Minister in Kauf nehmen muß, um nicht selbst zu stürzen.

Ja, mehr noch. In diesen eineinhalb Jahren hat sich die Empörung der Werktätigen in zunehmendem Maße nicht nur gegen diesen oder jenen Minister, diese oder jene Partei, sondern vielmehr gegen diesen kapitalistischen Staat überhaupt gerichtet. Die Herrschenden fürchten zu Recht, daß sich diese Empörung eines Tages in revolutionären Kämpfen gegen den Kapitalismus Bahn brechen wird. Die gegenwärtige Streikwelle, die größte seit 1973, hat sie in dieser Angst nur bestätigt. Die „Kabinettsumbildung“ in Bonn soll den Kapitalisten und ihrem Staat in dieser Situation eine Atempause verschaffen. Weil das Volk den „alten“ Ministern ihre alten Lügen und Versprechungen nicht mehr glaubt, soll mit „neuen“ Ministern mit neuen Lügen und Versprechungen versucht werden, das Volk hinzuhalten. Das und nichts anderes ist gemeint, wenn Kanzler Schmidt jetzt nach der „Kabinettsumbildung“ den Werktätigen „neue politische Impulse“ verspricht.

Ein Sumpf von Korruption

Aber die Wirkung dieses Manövers wird nicht von langer Dauer sein. Nehmen wir Kriegsminister Leber. Er mußte seinen Hut nehmen, weil er das Volk zu oft belogen, in zu viele Skandale verstrickt war. Allein 1977 in mehrere Skandale, bei denen es um offenen Nazismus in der Bundeswehr ging; in den Spionagefall Lutze und jetzt in den Skandal um die Spitzelpraktiken des MAD, bei dem bekannt wurde, daß der MAD nicht nur entgegen den Beteuerungen des Ministers wiederholt abgehört hat, sondern auch Spitzel in antimilitaristische Komitees eingeschleust usw. usf. Erst der letzte Fall gab den Ausschlag für Lebers Rücktritt. Das zeigt, Leber mußte keineswegs gehen, weil diese Dinge geschahen, sondern weil zu viel in zu kurzer Zeit bekannt wurde!

Und Leber war ja kein Einzelfall. Kein Monat verging im letzten Jahr, in dem nicht der eine oder andere Skandal ans Tageslicht kam: Der Abhörskandal Traube in Bonn, die Abhöraffäre Stammheim in Baden-Württemberg, die Korruptionsaffäre Osswald in Hessen, der Skandal um den Westberliner Senator Neubauer, der Einnahmen aus seiner Aufsichtsratstätigkeit bei der Berliner Bank nicht angegeben hatte; der Skandal um Poullain und die Regierung in Nordrhein-Westfalen und die Affäre Maier in Bayern — um nur einige zu nennen. Diese Tatsachen zeigen: Korruption, Lügen, Skandale gehören zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Und es ist nur eine Frage der Zeit, wann das „umgebildete Kabinett“ in einen neuen Skandal verstrickt sein wird.

Ausbeutung und Unterdrückung sollen verschärft werden

Auch in anderer Hinsicht werden die Herrschenden mit ihrem Gesichterwechsel in Bonn den Werktätigen nichts vormachen können. Sehr schnell wird sich erweisen, daß hier mit neuen Charaktermasken die altbewährte Politik weitergeführt wird nach dem Motto: Alles für die Monopole, nichts für die Werktätigen. So wie der neue Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg die alte Rentner- und gesundheitsfeindliche Politik seines Vorgängers Ahrendt nur verschärfte, wie der neue Wirtschaftsminister Lambsdorf wie sein Vorgänger Friderichs die Interessen seiner kapitalistischen Auftraggeber durchsetzte. Die Probleme, die den Werktätigen auf den Nägeln brennen, Arbeitslosigkeit, Teuerung, sinkende Reallöhne, die allgemeine Verschlechterung ihrer sozialen Lage, die wachsende politische Unterdrückung, die immer weitere Teile der Bevölkerung beunruhigt und empört, werden nach dieser „Kabinettsumbildung“ nicht kleiner, sondern größer werden. Denn wenn eine kapitalistische Regierung „neue politische Impulse“ ankündigt, dann immer nur mit einem Ziel: die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen noch mehr zu verschärfen.

Deshalb kann die richtige Antwort der Arbeiterklasse auf die Krise in Bonn und die Manöver der Herrschenden nur eine sein: verstärkt den Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen zu führen und sich im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus zusammenzuschließen.



„Gespensterkrise“ in Bonn.

Kurz berichtet

HEIDELBERG

Am 26. 1. führte der KSB/ML Heidelberg (Zelle Uni und Zelle PH) eine Veranstaltung zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus durch. Zu dieser Veranstaltung kamen 43 Genossen und Freunde. Es wurde ein Referat über den Hitler-Faschismus gehalten. Außerdem trugen noch ein kurzes Sprechstück, Lieder und Gedichte dazu bei, diesem Abend einen kämpferischen Stil zu geben. Die Veranstaltung fand großen Anklang. Die Spendensammlung ergab 61 DM.

BIELEFELD

In Bielefeld erschien jetzt die erste Nummer von „Roter Stahl“, Betriebszeitung der KPD/ML für den Betrieb Benteler. Die Betriebszeitung ersetzt das „Extrablatt für Benteler“, das im letzten Jahr mehrfach erschien. „Roter Stahl“ ruft die Kollegen auf, die bevorstehende Aufsichtsratswahl zu boykottieren und propagiert das betriebliche Kampfprogramm für Benteler. Außerdem enthält die Zeitung Meldungen aus den Abteilungen und einen Artikel zur Betriebsratswahl.


ROTER STAHL

Betriebszeitung der KPD/ML für Benteler

Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut.

GIESSEN

Am 25. 1. 1978 fand in Gießen eine Veranstaltung zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus statt. Eine Genossin der Partei hielt vor 40 Freunden und Genossen eine Rede. Die Rote Garde der Gießener Schulen führte ein kleines Theaterstück zum Thema Faschismus auf, vor allem wie man ihn durch illegale Tricks bekämpfen kann. Die Teilnehmer waren von diesem Stück sehr begeistert. Eine Spendensammlung für die Kieler und Kölner Antifaschisten ergab 116 DM.

WÜRZBURG

Am Sonntag, den 22. 1. machte die Partei in Würzburg nachmittags eine Kulturveranstaltung zum 30. Januar. Sie zeigte auf, daß der Bonner Polizeistaat Kurs auf ein neues 33 nimmt. Daß dies für einen bürgerlichen Staatsapparat nichts Neues ist, bewiesen Kurzgeschichten aus der Zeit vor und nach 33. Gerade das damalige Verbot fortschrittlicher und kommunistischer Literatur hat ihre deutliche Parallele in der Gegenwart (z. B. das Verbot des Plakatgedichts „Der Todesvogel“ der Studiobühne Würzburg). Zu dem Kulturnachmittag kamen etwa 35 Leute, darunter einige neue Gesichter.

BERICHTIGUNG

In der Rede des Genossen Ernst im RM 51/52 1977 ist ein Fehler unterlaufen. Das Zitat von Lenin auf Seite 6, Spalte 1 ganz unten links steht nicht wie angegeben in Band 23, S. 121, sondern in Band 9, S. 279.

Offen gesagt ...

Die Großen läßt man laufen!

Es dauerte schon vier Jahre, bis der Prozeß überhaupt eröffnet wurde. 20.000 Rentner hatte der Bauunternehmer Hubmann in München um ihr erspartes Geld betrogen. Keinen Pfennig sahen sie von ihren Anzahlungen für ein Zimmer in Hubmanns „Senioren-Wohnheimen“ wieder. Lediglich einige „Glückliche“ konnten aus der Konkursmasse des Bauunternehmers für je tausend eingezahlte Mark ganze vier Mark als „Entschädigung“ bekommen. Den Hauptteil nahmen die Banken.

Dieser Millionenbetrüger stand nun also vor Gericht. Hauptsächlich wegen Steuerhinterziehung. Schon während des Prozesses zeigte sich das Gericht mehr um die „Gesundheit“ und den Blutdruck des angeklagten Kapitalisten besorgt als um die Taten dieses Verbrechers, der 20.000 alte Leute rücksichtslos ruiniert hat. Das Urteil war entsprechend. Die Strafkammer verurteilte ihn zwar, möglichst milde: fünf Jahre Gefängnis. Aber schon am Tag darauf ordnete das Oberlandesgericht Haftentlassung an. Die Gesundheit des Verbrechers sei zu „angegriffen“. Die Entlassung aus dem Gefängnis hat in der Münchner Bevölkerung große Empörung geweckt: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen!

Hier zeigt sich wieder einmal der Klassencharakter der westdeutschen Justiz. Denn wenn es darum geht, Werktätige hinter Gitter zu bringen, sind Richter und Staatsanwälte nicht „kleinlich“. So wurde im letzten August in Hannover ein Maschinenbauer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in der Lebensmittelabteilung eines Kaufhauses ein Brot für 1,78 DM und ein halbes Hähnchen für 2,78 DM mitgehen ließ. Begründet wurde dieses ungeheuerliche Urteil damit, daß der Maschinenbauer in den letzten fünf Jahren bereits zweimal „straffällig“ geworden sei. Und was waren diese „Straftaten“? Einmal Fahren ohne Führerschein: neun Monate Gefängnis! Und dann noch einmal Schwarzfahren bei der Bundesbahn: sechs Monate Gefängnis! Auch dies also Urteile, die den Haß auf die Werktätigen demonstrieren.

Oder nehmen wir den Fall des italienischen Kochs in Frankfurt. Er war arbeitslos geworden und hatte kein Geld mehr zum Essen. Als er drei Tage lang gehungert hatte, ging er schließlich in ein Lokal und bestellte für 14,30 DM. In einem anderen Lokal für 15,75 DM. Beide Male blieb er die Zeche schuldig. Die Frankfurter Justiz steckte den hungrigen Arbeitslosen für 65 Tage in Untersuchungshaft! Haftgrund: Fluchtgefahr. Das Urteil: 1.300 DM.

So sieht das also aus: Bei den Kleinen heißt es Fluchtgefahr, also Gefängnis! Bei den Großen wie Hubmann: keine Fluchtgefahr, auf freien Fuß! Tatsache ist, daß gerade die Kapitalisten und steinreichen Verbrecher die Haftverschonung ausnutzen, um sich ins Ausland abzusetzen. So sind in München in den letzten drei Jahren allein vier millionenschwere Kriminelle während der Haftverschonung abgehauen: Ulrich Rahmdor (Aktienschwindel — 1,7 Millionen Mark), jetzt Makler in Kalifornien; Georg Winter (Betrug mit nachgemachten Wertpapieren in der Höhe von 100 Millionen Mark), mit Reisepaß nach Israel; Lothar Dohmen (20 Millionen für Häuser in Spanien, die nicht existierten) mit einem amerikanischen Paß in die USA. In all diesen Fällen hat die Justiz ein Auge zugedrückt, die Flucht indirekt unterstützt. Denn diese Verbrecher sind von ihrem Schlage. Eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Hafenarbeiterstreik abgewürgt

Aber der Kampf geht weiter!

„Gestern durchgesetzt: 115 DM für Januar und 7% ab 1. Februar 1978." So prangte es am Donnerstag, den 2. 2. 1978 groß auf den ÖTV-Streiknachrichten 7, die in den Seehäfen verteilt wurden. Und weiter: „...ein großer gewerkschaftlicher Erfolg." Ein gewerkschaftlicher Erfolg?

Glauben die ÖTV-Bonzen, sie können die Hafenarbeiter für dumm verkaufen? Die Hafenarbeiter haben nicht vergessen, daß die gleichen Bonzen ihnen am 30. 1. 78 ihren einstimmig gefaßten 6,4%-Abschluß ebenfalls als „großen gewerkschaftlichen Erfolg" angepriesen haben. Erst als 58% der Hafenarbeiter diesen Schandabschluß in der Urabstimmung ablehnten und ihre Empörung über den Verrat der ÖTV-Bonzen und den Abbruch des Streiks nicht zu übersehen war, bequemten sich ÖTV-Bonzen und Hafenkapitalisten dazu, einige Mark draufzulegen. Mit diesen 115 DM mehr, die noch nicht einmal 6% für Januar ausmachen, sollten die Hafenarbeiter beschwichtigt, eine Weiterführung des Streiks verhindert werden!

Ganz offen schrieb das „Handelsblatt" am Donnerstag, dem gleichen Tag, an dem die ÖTV-Bonzen ihren „großen gewerkschaftlichen Erfolg" verkündeten: „Gewerkschaft und Arbeitgeber stehen in ihren Gesprächen nun vor der schwierigen Aufgabe, einen Weg zu finden, der an dem ursprünglichen Verhandlungsergebnis so wenig wie möglich ändert, es der ÖTV jedoch erlaubt, von einer weiteren Verbesserung des Abkommens zu sprechen und dieses zum Gegenstand einer weiteren Urabstimmung zu machen. **Auf seiten der Arbeitgeber war zu hören, daß man bereit sei, der ÖTV aus ihrer unglücklichen Lage, in die sie weitgehend durch eigene Ungeschicklichkeit geraten sei, herauszuhelfen."**

Wie man sieht, hat der Streik der Hafenarbeiter den Kapitalisten einen gehörigen Schrecken eingejagt. Und was ist ihre größte Sorge? Dem ÖTV-Apparat beizustehen! Aber mit diesen 115 DM konnten Hafenkapitalisten und ÖTV-Bonzen die Wogen nur oberflächlich glätten. Zwar wurde aufgrund der undemokratischen 75%-Klausel in der Urabstimmung am Freitag das Ergebnis angenommen. Aber warum? Abgesehen davon, daß immer noch Tausende gegen das Ergebnis stimmten, war auch unter denen, die mit „Ja" stimmten, die Empörung groß. „Mist Abstimmerei", sagte ein Hafenarbeiter. Viele meinten, daß mit „Nein" stimmen auch nichts nützen würde. „Die wollen unsere Forderung ja doch nicht durchsetzen", sagten sie. Immer wieder konnte man in der letzten Woche im Hafen hören: „Wir hätten am Montag die Arbeit gar nicht wieder aufnehmen dürfen. Dann hätten die Hafenkapitalisten und die ÖTV-Bonzen sich auf den Kopf stellen können..."

Sicher, manche Hafenarbeiter sind jetzt resigniert. Aber die meisten machen sich Gedanken darüber, wie es weitergehen soll. Das Interesse an der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) ist groß. Ein kommunistischer Hafenarbeiter berichtet: „Ich habe nach dem Streik die Broschüre ‚Was will die RGO' unter den Kollegen verteilt. Sie ging weg wie warme Semmeln. Schon nach kurzer Zeit hatte ich keine mehr." Andere Genossen berichten, daß in diesen Kampftagen der „Rote Handhaken", die Zeitung der Hamburger Hafenzelle, immer mehr zur Zeitung der Kollegen wurde. „Wir nehmen nur den ‚Roten Handhaken'", das war häufig von den Hafenarbeitern zu hören, wenn Verteiler anderer Organisationen den Kollegen ihre Blätter anboten. Ein Zeichen für das Vertrauen, das sich die Partei in diesen Tagen bei den Hafenarbeitern erworben hat, ist es auch, daß allein am Mittwochmorgen ca. 50 „Rote Morgen" im Hamburger Hafen verkauft wurden. Die Genossen der Hafenzellen der Partei werden in der kommenden Zeit mit den Kollegen über die Erfahrungen des Streiks diskutieren und sich verstärkt dafür einsetzen, daß es möglichst bald eine starke Alternative zum Streikbrecher-Apparat der ÖTV-Bonzen geben wird: die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Stahltarifrunde

Nein zu 3,8 und 4,2 Prozent

In der Stahltarifrunde haben sich die Vertreter der Stahlkapitalisten und des IG-Metall-Apparats am 3. Februar zum fünften Mal getroffen. Zu einem Abschluß kam es jedoch nicht. Dabei waren sich die Herren schon fast einig geworden.

Angesichts der Empörung der Stahlwerker, der wachsenden Kampfentschlossenheit in den Betrieben und dem Signal, das die Hafenarbeiter gesetzt haben, sahen sich die Kapitalisten gezwungen, ihr provokatives 1,75%-Angebot und die Lohnpause von sechs Monaten fallenzulassen. Was sie stattdessen angeboten haben, ist allerdings kaum weniger unverschämt. Es waren sage und schreibe ganze 3,8%

Fast noch unerhörter ist jedoch das Verhalten der Verhandlungskommission der IG Metall. Diese Verräter kamen den Stahlkapitalisten Schritt für Schritt entgegen und waren zum Schluß sogar bereit, einen Tarifabschluß von 4,2% zu akzeptieren. Nur die Angst vor der Empörung der Stahlwerker hinderte sie offenbar daran, sich mit den Kapitalisten noch in der Nacht auf einen Abschluß um die 4% zu einigen. Wir werden sehen, ob die Große Tarifkommission der IG Metall, die am 8. Februar zusammentritt, es wagt, den verräterischen Kurs des IG-Metallapparats offen fortzusetzen, oder ob sie sich gezwungen sieht zu manövrieren. Klar ist auf jeden Fall eines:

Der IG-Metall-Apparat arbeitet den Stahlkapitalisten in die Hände und tut alles, um den Kampf für Lohnerhöhungen, um einen wirklichen Schlag gegen die Kapitalisten zu verhindern.

Die Stahlwerker sind zum Kampf bereit. Sie fordern jetzt die volle Durchsetzung der Forderung von 7%, sie fordern die Urabstimmung und einen Streik auf allen Hütten. Das haben die Warnstreiks der letzten Wochen eindeutig bewiesen. Am 24. Januar und am 1. Februar streikten jeweils rund 1.000 Kollegen bei Mannesmann in Duisburg. Mit dem Transparent „Damit wir die Prozente sehen, muß die Produktion stillstehen!" drückten sie ihre Kampfentschlossenheit aus. Am 1. Februar zogen die Kollegen zum Tagungsort des Vorstandes, um die Overbeck, Pullain und Co., die sich dort versammelt hatten, zur Rede zu stellen. Am 2. Februar streikten außerdem rund 4.000 Kollegen der Henrichshütte in Hattingen.

Wie in den Seehäfen können auch in der Stahlindustrie die Pläne der Kapitalisten und des Gewerkschaftsapparats durchkreuzt werden!

Metalltarifrunde - weitere Warnstreiks

Machen wir es wie die Hafenarbeiter!

3,5 bzw. 3 Prozent — das ist nach wie vor das „Angebot" der Metallkapitalisten in Nordbaden/Nordwürttemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Aus Protest gegen diese Provokation der Unternehmer und für eine echte Lohnerhöhung haben auch in der letzten Woche Tausende von Metallarbeitern die Arbeit niedergelegt. 1.300 in einem Metallbetrieb in Heilbronn, 6.000 bei Daimler-Benz in Stuttgart, einige hundert in Bochum, Dortmund und Essen.

Weitere Tausende und Zehntausende Metallarbeiter haben nur auf das Zeichen zum Streik gewartet. So wie etwa bei Opel in Bochum, wo die Kollegen am Freitag letzter Woche, nachdem die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt worden waren, enttäuscht feststellen mußten, daß der IGM-Apparat keinen Finger rührte, um der Provokation der Metallkapitalisten die richtige Antwort zu erteilen.

Für die Kollegen in der Metallindustrie ist klar: Nur wenn wir es machen wie die Hafenarbeiter, können wir eine echte Lohnerhöhung erzwingen. Genau das aber wollen die IGM-Bonzen verhindern. Loderer hat bereits erklärt, daß an einen Arbeitskampf nur zu denken sei, wenn bei den bevorstehenden Schlichtungen kein „zumutbares" Ergebnis zu erreichen sei. Und was für die IGM-Bonzen „zumutbar" ist, das stellen sie gerade bei den Stahltarifverhandlungen unter Beweis: 4,2%.

Die Genossen der Partei haben den Kampf der Kollegen nach Kräften unterstützt und den Verrat der IGM-Bonzen entlarvt. So heißt es etwa in einem Flugblatt der Partei bei Mahle, einem Metallbetrieb in Stuttgart:

„Zwischen sieben und acht Uhr hieß es von den Vertrauensleuten: Warnstreik von neun bis zehn Uhr, Versammlung in der Kantine. ‚Eine Stunde nur — das ist doch viel zu wenig!', war sofort die Meinung nicht weniger Kollegen. Viele Kollegen streikten, blieben aber in ihren Abteilungen. Während die Kollegen gegen das 3,5%-‚Angebot' der Unternehmer streikten, faselte Nickel (Betriebsrat bei Mahle — RM) davon, der Streik richte sich gegen die Haltung der Unternehmer, die Forderung nach Einkommenssicherung als verfassungsfeindlich zu bezeichnen. Kein Wort sprach Nickel gegen das 3,5%-‚Angebot' der Unternehmer. Und während Nickel anfangs noch radikal tönte: Wir verstehen euren Unmut. Wir rufen euch nicht dazu auf, an die Arbeit zu gehen, forderte er die Kollegen dann Punkt zehn Uhr dazu auf, wieder an die Arbeit zu gehen...

Immer öfter wird in den Abteilungen von der Notwendigkeit eines rechtigten Streiks geredet. Immer mehr Kollegen sind bereit, für eine echte Lohnerhöhung in den Streik zu treten. Gottschlich von der IGM verkündete auf einer Funktionärsversammlung letzte Woche, die Unternehmer würden die ‚Gunst der Stunde' ausnützen, viele Kollegen hätten Angst vor einem Streik. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Ihr Bonzen wollt nicht streiken! Euch ist es schade um jede Mark, die ihr für Streikgelder ausgeben müßt, ihr legt unsere Beiträge lieber in Banken und Konzernen an. Kollegen, laßt Euch nicht vom IGM-Apparat an der Nase herumführen! Nehmt den Kampf in eigene Hände!"

„Kein Modellfall"

Am gleichen Tag, als die Hafenarbeiter in den Häfen an der Küste voller Empörung den 6,4%-Schandabschluß der ÖTV-Bonzen ablehnten, ließen die Vorstände der beiden größten Unternehmerverbände BDA und BDI in der Presse eine Erklärung verbreiten. Dieser Abschluß, so heißt es darin, liege „außerhalb ernsthaft zu diskutierender lohnpolitischer Normen" und könne für die anderen Tarifrunden „keine Bedeutung haben". Das war am 30. 1. 78.

Bereits vier Tage später konnte man die Antwort des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker auf diese ungeheure Provokation der Kapitalisten in der Zeitung lesen. Der Lohnabschluß für die Hafenarbeiter, so sagte er, sei „kein Modellfall". Und weiter: „Dies gilt sowohl für die Höhe des Abschlusses als auch für die Art der Verständigung." Irgendeinen Widerspruch von anderen Gewerkschaftsführern gab es nicht.

Was heißt das anderes als: Die Gewerkschaftsbonzen wollen für die Stahl-, Metall- und Chemiearbeiter und für die Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst auf jeden Fall niedriger abschließen als 6,4%. Und sie werden mit allen Mitteln verhindern, daß es noch einmal zu einem geschlossenen mehrtägigen Streik kommt wie in den Seehäfen! Können sie noch deutlicher zeigen, daß sie Handlanger der Kapitalisten sind? Die Schlußfolgerung für die Arbeiter daraus ist: Die Forderungen der Kollegen können nur durchgesetzt werden, eine echte Lohnerhöhung wird es nur geben, wenn die Arbeiter den Kampf in die eigenen Hände nehmen:gegen die Kapitalisten und gegen den reaktionären DGB-Apparat.

Kollegen boykottieren Wahlrummel

Ende Januar fand bei Buderus in Wetzlar die Vorwahl zur Aufsichtsratswahl statt, bei der entschieden werden sollte, ob bei der Aufsichtsratswahl mit Wahlmännern oder direkt gewählt wird. Die Partei verteilte dazu ein Flugblatt mit dem Aufruf „Boykottiert die Vorwahl".

Die Wahlbeteiligung war 12%! Ein Zeichen dafür, daß der Boykottaufruf der Partei genau dem Interesse der Kollegen entsprach. Nach der Wahl wurde dann bekannt, daß die Initiatoren der Wahl, nämlich einige große Chefs des Flick-Konzerns, zu dem Buderus gehört, keine Mühe gescheut hatten, um die Kollegen zur Wahl zu treiben. So wurde in einigen Abteilungen die Pause verlängert und die Kollegen zur Wahl geschickt. Der Erfolg war, wie man gesehen hat, sehr bescheiden.

Peinlich, Peinlich


Sieben Prozent mehr Lohn für 20000 Hafenarbeiter

Nach vier Tagen Streik gaben die Unternehmer nach

Zuspitzung des Lohnkampfes in der Metallindustrie – Führende IG-Metall-Funktionäre: Streik rückt näher

30.1.78

Hamburg/Mannheim. UZ – Einen beachtlichen Erfolg erzielten die 20000 Hafenarbeiter der Nord- und Ostseehäfen durch ihren entschlossen geführten Streik. Ihre Löhne werden ab 1. Februar um sieben Prozent erhöht, wenn das entsprechende Verhandlungsergebnis in der heutigen Urabstimmung bestätigt wird. Gleichzeitig spitzt sich der Lohnkampf in der metallverarbeitenden Industrie so zu, daß vom Näherrücken eines Streiks gesprochen wird.

Bei der zweiten Urabstimmung in den Seehäfen

Hafenarbeiter lehnten das Angebot als zu niedrig ab

Metallindustrielle legten provokatorisches 3-Prozent-Angebot in Nordrhein-Westfalen und Bayern vor

4.2.78

Hamburg. UZ – Als zu niedrig lehnten die 18000 Hafenarbeiter in sieben bundesrepublikanischen Seehäfen in einer zweiten Urabstimmung den Kompromiß von sieben Prozent für elf Monate ab. Mit ihrer Kampfentschlossenheit setzten sie neue Akzente in der Lohnrunde. Am Montag und Dienstag haben die Metallindustriellen von Bayern und Nordrhein-Westfalen mit provokatorischen 3-Prozent-Angeboten ihre starre Haltung in der Tarifrunde unterstrichen.

Als „beachtlichen Erfolg" pries die „UZ" am 30. 1. '78 den Tarifabschluß für die Hafenarbeiter und pries ihn sogar unverfroren als richtungsweisend für andere Tarifverhandlungen. Peinlich für die DKP-Führer. Denn am Tag zuvor hatten die Hafenarbeiter das Verhandlungsergebnis als Verrat abgelehnt. Die DKP-Schreiberlinge hatten das Ergebnis der Urabstimmung allerdings nicht mehr mitbekommen, ihr Redaktionsschluß lag zu früh...

Und so versuchten die DKP-Führer am nächsten Tag zu retten, was nicht mehr zu retten war. Auch mit dieser Kertwendung um 180° konnten sie nicht mehr vertuschen, was durch einen Zufall völlig offen zu Tage getreten war: Ihr Verrat am Kampf der Hafenarbeiter.

Betriebsstillegungen

Die zum Oetker-Konzern gehörende Brauerei Binding soll demnächst in eine Verkaufsniederlassung umgewandelt werden. Das Bier soll künftig in Mainz gebraut und nach Trier geliefert werden. Für den Oetkerkonzern ein zusätzlicher Gewinn von zwei Millionen im Jahr. Für 65 Kollegen Entlassung und Arbeitslosigkeit. • In Braunschweig planen die zum AEG-Konzern gehörenden Olympia-Werke die Entlassung von 600 Arbeitern. • In Butzbach stehen 200 Arbeiter und Angestellte auf der Straße. Die Schuhfabrik Irus Rumpf und Sohn hat Konkursantrag gestellt. Schon vorher hatte sie den jetzt entlassenen Kollegen keinen Lohn mehr gezahlt. • Mit zwölf Tagen Kurzarbeit im Jahr 1978 will die Ruhrkohle AG ihre Profite auf dem Rücken der Kumpel sanieren. Die Arbeitsgemeinschaft der Gesamtbetriebsräte hat diese Maßnahme gegen die Interessen der Kumpel ausdrücklich begrüßt und unverfroren erklärt, „daß das Unternehmen und die Belegschaft damit einen Beitrag zur Überwindung der derzeitigen ‚Durststrecke' leisten."

Hauptsache, die Kasse stimmt

In den höchsten Tönen können die Gewerkschaftsbonzen jammern, wenn sie den Mitgliedern durch Beitragserhöhungen das Geld aus der Tasche ziehen wollen. Gut in Erinnerung ist uns auch noch das Geschrei der IG-DruPa-Bonzen über die ach so hohen Ausgaben beim Druckerstreik 1976. Haben die DGB-Gewerkschaften tatsächlich kein Geld? Doch sie haben. Und zwar jedes Jahr mehr. Bloß eben nicht für uns und unseren Kampf. So hat die Bank für Gemeinwirtschaft, die die Bonzen aus unseren Beitragsgeldern auf die Beine gestellt haben, ihre Bilanzsumme von 1976 auf 1977 um 14,5% erhöht. Auf 30 Milliarden DM! Kommentar von Vorstandssprecher Wegscheider: Die Geschäfte gehen „sehr gut".

Arbeitslosenzahlen steigen weiter

Nach den offiziellen (beschönigten) Angaben des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung liegt die Zahl der Arbeitslosen im Januar 1978 um 30.000 höher als im Januar 1977. 1,20 Millionen Werktätige sind danach gegenwärtig arbeitslos. In Wirklichkeit sind es viel mehr. Denn in diesen Zahlen sind weder die Jugendlichen mitgerechnet, die sofort nach der Schule arbeitslos sind, noch die Frauen, die wegen ihrer Kinder aufhören mußten zu arbeiten und jetzt wieder Arbeit suchen und keine finden usw. usf. Wie die Lage der Arbeitslosen ist, geht aus einem Bericht des rheinlandpfälzischen Sozialministers hervor: Rund 700.000 Haushalte in der Bundesrepublik liegen danach aufgrund von Arbeitslosigkeit unter dem Sozialhilfesatz. Sie sind damit „offiziell arm."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Stadtkrankenhaus Kassel: Kollegen sind bereit zum Streik!

Liebe Genossen,

eine Gewerkschaftsgruppe am Stadtkrankenhaus Kassel hatte innerhalb einer halben Woche über hundert Unterschriften für eine Mitgliederversammlung gesammelt. Diese Unterschriften wurden der ÖTV-Kreisverwaltung zugeschickt. Daraufhin wurde sehr schnell von der Kreisverwaltung eine Mitgliederversammlung zum vergangenen Freitag, 27. Januar, einberufen.

Die Mitgliederversammlung war allerdings erst für nachmittags 15.00 Uhr angesetzt. Schichtwechsel ist bei uns zwischen 13.00 und 13.30 Uhr, so daß natürlich eine ganze Reihe von Kollegen fehlte, nämlich die, die das Wochenende frei hatten und schon seit 13.30 Dienstschluß hatten.

Es waren ca. 40 Mitglieder zu der Mitgliederversammlung erschienen. Herr Zill von der ÖTV-Kreisverwaltung eröffnete die Sitzung und sagte, daß man zusammengekommen sei, um über den 7,5%-Vorschlag des Hauptvorstandes zu diskutieren. Der stellvertretende Vorsitzende der Vertrauensleute, Herr Scharf, gab einen Überblick über die Forderungen, die von anderen Vertrauensleuten im Bereich Kassel bereits aufgestellt wurden.

Gleich zu Beginn der Diskussion meldeten sich eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die sich für einen Festbetrag für alle gleich hoch aussprachen. **Desweiteren wurde darüber gesprochen, daß man sich darüber im klaren sein muß, daß es alleine mit dem Aufstellen der Forderung nicht getan ist, sondern daß man sich auch auf Kampfmaßnahmen einstellen und diese planen muß. Dabei wurde von mehreren Kollegen gesagt, daß sie auch im Krankenhausbereich einen Streik (mit der Einrichtung eines Notdienstes) für möglich halten und bereit wären, mitzustreiken. Insgesamt war auf dieser Mitgliederversammlung, auch wenn wenige nur da waren, eine sehr gute Stimmung.**

Nach langen Diskussionen wurde mehrheitlich die Forderung 8% aber mindestens 200 DM für jeden mehr aufgestellt.

Außerdem wurde auf der Mitgliederversammlung von einer Kollegin eine Solidaritätsadresse an die streikenden Hafenarbeiter verlesen, die einstimmig von den Kollegen beschlossen und zur Weiterleitung gegeben wurde. Diese lautet:

Die auf der ÖTV-Mitgliederversammlung des Stadtkrankenhauses Kassel anwesenden Beschäftigten solidarisieren sich mit dem Streik der Hafenarbeiter. Wir unterstützen eure gerechten Forderungen und appellieren an euch, laßt euch durch nichts von eurem gerechten Kampf abbringen und haltet durch, bis eure Forderungen erfüllt sind.

Mit solidarischen Grüßen, ÖTV-Mitgliederversammlung des Stadtkrankenhauses Kassel.

Die Jugendlichen des Stadtkrankenhauses haben übrigens in einer Jugendversammlung gefordert:

1. Die Zurücknahme der Lohnsenkung vom vergangenen Jahr. Im vergangenen Jahr hatten die Bonzen klammheimlich die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Schüler- bzw. Auszubildendengehälter von ca. 75% auf ca. 66% (stand auch im RM) herabgesetzt. Dies bedeutete für die Schüler eine Lohnsenkung um 9%. Diese Bemessungsgrundlage soll wieder auf 75% gesetzt werden. 2. Für alle Auszubildenden einheitlich eine zusätzliche Erhöhung um 130 DM.

Wie die ÖTV-Bonzen zur jetzigen Tarifrunde „mobilisieren"

Am 15. 1. '78 wurde in den Städtischen Kliniken Dortmund eine ÖTV-Mitgliederversammlung einberufen. Die Bekanntmachung erschien erst zwei Tage vorher am Schwarzen Brett vor der Kantine, es gab sogar Vertrauensleute, die die Einladung einen Tag nach (!) der Versammlung erhielten. **Am Tage der Versammlung erschien ein Rundschreiben vom Werkleiter, die Versammlung sei bei ihm von der ÖTV nicht angemeldet worden, deshalb könne ein Teilnahme als Dienstverweigerung angesehen werden.** Das war ein offensichtlicher Einschüchterungsversuch.

So waren denn außer zwei Klassen von Krankenpflegeschülern nur ungefähr 30 Mitglieder von insgesamt mindestens 2.000 Mitgliedern anwesend. Sobald bezüglige Probleme zur Sprache kamen, wie Rationalisierungsmaßnahmen, Personalmangel und Bettenstreichungen wurden die ÖTV-Funktionäre kurz angebunden und scheuten sich nicht, Lügen zu verbreiten, es sei alles nicht so schlimm, und sie wüßten von nichts. **Trotzdem stellten die Kollegen für die Tarifrunde die lineare Forderung von 200 DM mehr für alle auf.** Außerdem wurde der Vorschlag gemacht, zu den Bettenstreichungen eine Personalversammlung einzuberufen.

Aus dieser Mitgliederversammlung läßt sich klar ersehen, welche Riesenangst die ÖTV-Funktionäre haben vor der Mobilisierung der Kollegen, gerade jetzt zu Zeiten immer größerer Arbeitshetze, Personalmangel, Bettenstreichungen, Sparmaßnahmen auf Kosten der gesundheitlichen Versorgung. — Der einzige ÖTV-Arbeitskreis in Dortmund, abgesehen von einem Arbeitskreis für Schüler, wurde Anfang des Jahres offensichtlich aus denselben Gründen geschlossen. —

Aber klar ist auch, daß die Kollegen das nicht kampflos hinnehmen werden. Je mehr sie sehen, wie die ÖTV-Spitze sie betrügt, um so mehr wird sich ihr Kampf auch gegen diese richten.

Schwarze Listen bei Versicherungen

Liebe Genossen,

ich arbeite bei einer Versicherung und möchte Euch zwei Dinge berichten.

Kündigt ein Versicherungsvertreter oder wird ihm gekündigt, so wird von der Versicherungsgesellschaft ein Formblatt ausgefüllt mit einigen Fragen: Anzahl der abgeschlossenen Verträge, wer gekündigt hat usw. Dieses Formblatt wird an die Auskunftsstelle für den Versicherungsaußendienst (AVAD) gesandt. Will nun ein Versicherungsvertreter bei einer anderen Gesellschaft anfangen, so zieht man die AVAD zu Rate. Das heißt, daß jemand, der nicht „fleißig genug" war, auch bei einer anderen Firma nicht eingestellt wird. Daß das alles natürlich unter dem Motto „streng vertraulich" läuft, ist ja klar, denn welcher Betrieb gibt schon zu, daß schwarze Listen geführt werden? Für den Kollegen aber, der eine Arbeit sucht, bedeutet das, er kann den Beruf wechseln.

Meine Firma sucht laufend neue Außendienstangestellte. Man stellt bevorzugt Arbeitslose ein, für die man beim Arbeitsamt nach § 49 Arbeitsförderungsgesetz einen Einarbeitungszuschuß beantragen kann. In einem Fall handelt es sich z. B. um 825 DM für einen Zeitraum von sechs Monaten. Das bedeutet, daß das Arbeitsamt bereitwillig an die Firmen zahlt, die im Grunde genommen keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen. Also: Das Arbeitsamt zahlt — verschwendet — Steuergelder für die „notleidende" Versicherungswirtschaft. Wenn man aber als Arbeitsloser sein Geld haben will, muß man hinterherlaufen, obwohl es einem zusteht.

Eine Genossin aus Kiel

Empörung über Verrat des Gewerkschaftsapparats

Warnstreiks gegen die IG-Druck-Bonzen

Gerade war die Führung der IG Druck und Papier im Begriff, ihren schmutzigen Verrat am Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten gegen den Rationalisierungsterror in den Druck- und Verlagshäusern perfekt zu machen: An geheimgehaltenem Ort hatten sie mit den Kapitalisten einen Tarifvertrag ausgehandelt, der in allen wichtigen Punkten dem Rationalisierungsterror und den Entlassungsfeldzügen grünes Licht gibt. Aber da bekamen die Mahlein, Ferlemann, Hensche und Konsorten selbst die Faust des Kampfes der Druckereiarbeiter zu spüren.

In Hamburg bei „Gruner und Jahr" und in Frankfurt bei der „Frankfurter Rundschau" organisierten die Kollegen Warnstreiks. Warnstreiks, die — wie die „Frankfurter Rundschau" schreibt — „sich diesmal nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Gewerkschaftsführung" richteten. Ferner drohten ganze Belegschaften mit Massenaustritt. Außerdem verabschiedeten die Kollegen in verschiedenen großen Zeitungsdruckereien Resolutionen, in denen der Tarifvertrag verurteilt wird. Mahlein und Co. hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht!

Die Empörung unter den Druckereiarbeitern über den Schandvertrag, mit dem sie verschaukelt werden sollten, war so groß, daß die Bonzen kalte Füße bekamen. Der IG-Druck-Apparat, der eigentlich dem Tarifabschluß zustimmen wollte, sah sich zu einer plötzlichen Wendung gezwungen. Der Großen Tarifkommission blieb nichts anderes übrig, als den Tarifvertrag abzulehnen. Der Schrecken über die prompten Aktionen und wütenden Proteste der Kollegen war den Herren so nachhaltig in die Glieder gefahren, daß dieser Beschluß sogar einstimmig gefaßt wurde. Sie fürchteten, daß das Faß überlaufen könnte. Sie fürchteten sich vor einer Welle „wilder" Streiks. Erinnerungen an die Ereignisse im September 1969 oder im August 73 wurden wach...

Daß Mahlein und Komplizen es sich nicht leisten konnten, den Schandvertrag zu unterschreiben, ist ein Erfolg, der nur der Kampfentschlossenheit der Kollegen zu verdanken ist. Dieser Erfolg beweist, wie richtig es ist, wenn unsere Partei immer wieder betont: Wir Arbeiter und kleinen Angestellten können uns gegen die Angriffe der Kapitalisten nur dann erfolgreich wehren und den Kapitalisten Zugeständnisse abtrotzen, wenn wir den Kampf nicht nur gegen die Kapitalisten selbst, sondern auch gegen den reaktionären DGB-Apparat führen. Das gilt auch für die IG Druck und Papier, die sich zwar besonders „links" und geradezu klassenkämpferisch gibt, deren Apparat aber ebenso ein Werkzeug zur Unterdrückung unserer Kämpfe ist, wie das bei den anderen DGB-Gewerkschaften der Fall ist.

Auf die Ablehnung des Tarifvertrags reagierten die Kapitalisten äußerst unverfroren. Wenn er nicht in dieser Fassung angenommen wird — erklärten sie — gibt es eben gar keinen Tarifvertrag. Der Mut zu solch dreisten Erpressungsversuchen würde die Herren allerdings schnell verlassen, wenn als Antwort am nächsten Tag keine Zeitung im ganzen Land herauskommen würde. Die Druckereiarbeiter wissen, daß dies die richtige Antwort wäre auf eine solche Provokation. Und sie sind sich auch darüber im klaren, daß es endlich an der Zeit wäre, zum Gegenangriff überzugehen und einen machtvollen Streik zu organisieren, einen Streik, der nicht nach einem oder zwei Tagen wieder abgeblasen wird. Ein solcher Streik würde den Kapitalisten das Lachen vergehen lassen. Er würde sie zu wirklichen Zugeständnissen zwingen: Aber natürlich tut der Gewerkschaftsapparat alles, um solch einen Kampf zu verhindern.

Mahlein erdreistete sich vor einigen Wochen sogar noch, gegenüber den Unternehmern die Warnstreiks der Druckereiarbeiter als „Ausuferungen" zu bezeichnen. Jetzt hat die IG-Druck-Führung nach dem Rückzieher mit ihrem Tarifvertragsentwurf einige Forderungen nachgeschoben, um wieder Zeit zu gewinnen. Aber diese zusätzlichen Forderungen beinhalten nur minimale Verbesserungen und wischen nach wie vor die entscheidenden Forderungen der Kollegen vom Tisch. Die Angriffe der Kapitalisten können nur gestoppt werden, wenn die Kollegen den Kampf auf eigene Faust führen. Es ist wahr: Ohne eine starke Organisation im Rücken ist das schwierig. Aber es gibt gegenwärtig keine andere Alternative.

Aber auf lange Sicht sind erfolgreiche Kämpfe nur möglich, wenn man eine Organisation hat. Und das muß eine Organisation sein, an deren Spitze keine Bonzen und Arbeiterverräter stehen, sondern Kollegen, die kompromißlos für den unversöhnlichen Klassenkampf eintreten. Diese Organisation gibt es schon: die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Aber ihre organisatorische Stärke ist noch gering. Wir müssen sie stärken und weiter aufbauen, indem immer mehr Kollegen sich aktiv in die Front gegen die Kapitalisten und den DGB-Apparat einreihen und sich in der RGO zusammenschließen.

Verrat auf der ganzen Linie

Der Tarifvertrag, den die IG-Druck-Bonzen mit den Kapitalisten ausgehandelt haben, bedeutet Verrat auf der ganzen Linie. Wir wollen das im folgenden an den wichtigsten Punkten kurz verdeutlichen:

1. Arbeitsplatzsicherung

Eine Verpflichtung der Unternehmer, bei der Einführung der neuen Techniken auf eine Verminderung der Beschäftigtenzahl zu verzichten bzw. keine Entlassungen im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Geräte durchzuführen, gibt es in dem Tarifvertrag nicht.

Stattdessen wird in § 4 die „Notwendigkeit" von Entlassungen grundsätzlich anerkannt. Und zwar sollen die weniger *„geeigneten"*, d. h. nicht zu absoluten Höchstleistungen fähigen Kollegen bevorzugt entlassen werden.

Im § 2 *„Arbeitsplatzsicherung für Schriftsetzer"* heißt es, *„geeignete"* Schriftsetzer seien bei der Einführung rechnergesteuerter Textsysteme für folgende Tätigkeiten *„für einen Zeitraum von fünf Jahren nach der Umstellung"* zu beschäftigen: 1. Gestaltung nicht standartisierter Anzeigen, 2. Anzeigenumbruch, 3. Anzeigenschlußkorrektur, 4. Bildschirmkorrektur (Schlußkorrektur).

Das bedeutet, der Zeitungssektor ist kaum von der Verpflichtung betroffen, da hier fast alle Anzeigen standartisiert sind. Desweiteren ist der gesamte Textumbruch völlig aus der Vereinbarung ausgeklammert, obwohl er bei Büchern und Zeitschriften den Hauptanteil ausmacht. Dazu kommt noch eine Bestimmung, die besagt, daß die Beschäftigungsverpflichtung nicht gilt, wenn nicht *„geeignete Schriftsetzer am Arbeitsmarkt verfügbar sind"*. Der Willkür der Unternehmer ist hier breitester Spielraum gegeben. Und schließlich: Daß die Verpflichtung der Beschäftigung von Schriftsetzern **auf fünf Jahre begrenzt** ist, bedeutet, daß die Kapitalisten nach fünf Jahren völlig freie Hand bei der Wegrationalisierung von Schriftsetzern haben sollen.

In § 3 *„ Weiterbeschäftigung betroffener Arbeitnehmer"* heißt es: *„vorrangig"* seien *„geeignete Facharbeiter und Angestellte des Unternehmens zu beschäftigen, deren Arbeitsplatz durch die Einführung des rechnergesteuerten Textsystems entfällt"*.

Erstens: Es ist hier nur von *„Vorrangigkeit"* die Rede, nicht aber von einer bindenden Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung der betroffenen Facharbeiter und Angestellten. Zum zweiten: In diesem Paragraphen wird der Betriff *„geeignet"* folgendermaßen ausgeführt: Als geeignet gilt, wer *„(gegebenenfalls nach einer zumutbaren Einweisungsdauer) eine Schreibleistung von mindestens 260 Anschlägen in der Minute für die Dauer von 10 Minuten"* erbringt.

Es ist nackter Hohn, daß die IG-Druck-Bonzen dem zustimmten. Sogar eine bürgerliche Zeitung wie die „Frankfurter Rundschau" wies darauf hin, **daß von einer Stenotypistin am Ende der kaufmännischen Ausbildung bei der Prüfung nur 180 Anschläge verlangt werden.** Und nach dem Tarifvertrag soll die „zumutbare Einweisungsdauer" einen Monat nicht überschreiten!!!

Fazit: Den Entlassungsfeldzügen, insbesondere gegen die Setzer, ist in dem Tarifvertrag Tür und Tor geöffnet. Hinzu kommt, daß der Tarifvertrag der Texteingabe an Bildschirmgeräten durch die Journalisten keinen Riegel vorschiebt. Das bedeutet, daß die Kapitalisten die Möglichkeit haben, die bisherige Tätigkeit von Setzern weitgehend den Journalisten aufzuhalsen, **also den Tätigkeitsbereich der Texterfassung und Textverarbeitung als eigenen Bereich weitgehend abzuschaffen.**

2. Absicherung der Einkommen

Der Tarifvertrag sieht vor, daß die Tätigkeit an rechnergesteuerten Textsystemen als Angestelltentätigkeit bezahlt wird. Das bedeutet: **Die Facharbeiterlöhne werden abgebaut und auf das viel niedrigere Niveau der Gehälter für kleine Angestellte gedrückt.** Der Tarifvertrag sieht zwar vor, daß die Kollegen, die bislang Facharbeiterlohn erhielten, zunächst eine Ausgleichszulage erhalten, jedoch werden die bisherigen tariflichen Zulagen und Zuschläge bei der Berechnung der Ausgleichszulage nicht berücksichtigt. Außerdem sieht er vor, daß diese Ausgleichszulage innerhalb der kommenden Jahre Schritt für Schritt verringert wird, bis sie nach fünf Jahren völlig abgebaut ist.

3. Gesundheitsschutz

Die Bildschirmtätigkeit ist extrem schädlich für die Augen. Ursprünglich hatte die IG Druck noch 20 Minuten Pause pro Stunde zusammenhängender Bildschirmarbeit mit ständigem Blickkontakt gefordert. **In dem Tarifvertrag wird jetzt nur noch fünf Minuten Pause pro Stunde zugestanden!** Außerdem wird die Möglichkeit eingeräumt, die Arbeiter sechs Stunden ohne besondere Pausen bei ständigem Blickkontakt am Bildschirm zu beschäftigen.

Den Kapitalisten wird also das Recht zugestanden, rücksichtslos die Gesundheit der am Bildschirm Beschäftigten zu ruinieren.

RGO-Liste bei BASF

Fortsetzung von Seite 1

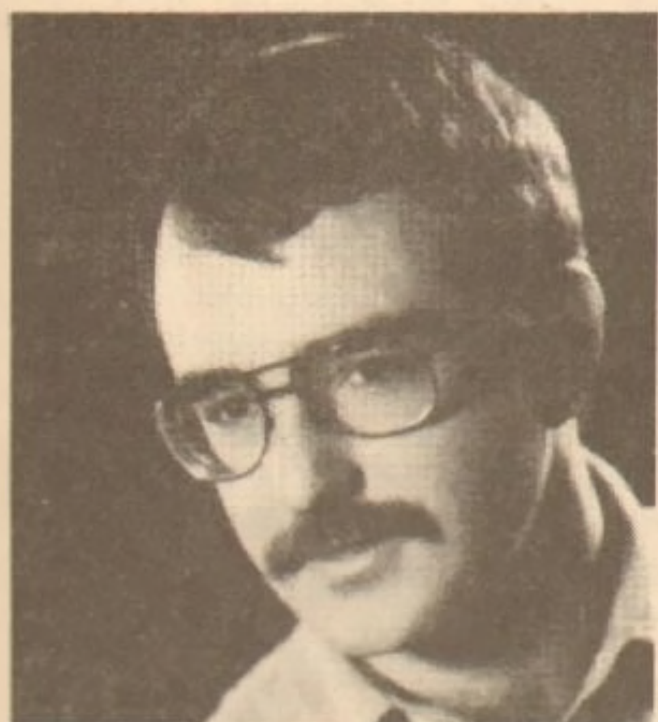
ben, ob die Liste der RGO gültig ist. Da die Liste die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt (mindestens 100 gültige Unterschriften von BASF-Arbeitern), wird man sie auch anerkennen müssen. Die Liste hat jetzt 117 gültige Unterschriften. Es ist den Kapitalisten und dem IG-Chemie-Apparat nicht gelungen, die Liste durch Hetze, Einschüchterung der Arbeiter usw. unter 100 gültige Unterschriften zu drücken. Aber trotzdem werden sie ihre Angriffe auf die Liste nun natürlich nicht einstellen. Sie können und wollen es nicht hinnehmen, daß die BASF-Arbeiter die Möglichkeit haben, klassenkämpferische und revolutionäre Gewerkschafter in den Betriebsrat zu wählen, Kollegen, die sich weder bestechen, noch einschüchtern, noch von den Bonzen für dumm verkaufen lassen und die es als ihr oberstes Ziel betrachten, die Kampfkraft und kämpferische Einheit der Arbeiter bzw. kleinen Angestellten zu stärken.

betroffenen Kollegen direkt „zu bearbeiten". Die Hetze über Fernsehen und Presse wurde verstärkt. Lügen und Gerüchte wurden in die Welt gesetzt: Die Unterzeichner seien von der RGO „arglistig getäuscht" worden, und die meisten hätten ihre Unterschrift inzwischen zurückgezogen; die Liste habe keine Chance; sie stehe auf verlorenem Posten usw. Die Tageszeitung „Die Rheinpfalz" entblödet sich nicht einmal zu erklären, die RGO wolle „im Zweifelsfall" die „Arbeitnehmerschaft und die Gesellschaft" vernichten. Auf der anderen Seite begannen die IG-Chemie-Bonzen demagogisch von „Einheit und Solidarität" zu tönen, von „unserer starken Gewerkschaft", die man nicht schwächen dürfe usw. Dazu lieferte die „Rheinpfalz" die Ergänzung, indem sie große Artikel über IG-Chemie-Boß Hauenschildt und den Bezirkssekretär Reimann brachte und diese Bonzen als „konsequente Arbeiterführer" feierte.

Und was erreichten sie mit ihrer ganzen Kampagne? Von 121 Kollegen, die die Liste gültig unterschrieben hatten, wichen ganze 26 vor dem Druck zurück und erklärten ihre Unterschrift für ungültig. Gleichzeitig hatten jedoch 23 Arbeiter die Liste neu unterschrieben, und so stand die Liste nach wie vor mit weit über hundert gültigen Unterschriften. Das ist eine jämmerliche Schlappe für den IG-Chemie-Apparat. Sie haben letztlich nur erreicht, daß die Liste inzwischen noch mehr Sympathien und Unterstützung findet als vorher. So sagten Kollegen, die neu unterschrieben haben: „Jetzt unterschreibe ich erst recht!" Wenn Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Liste hetzten, kam es vor, daß Kollegen aufstanden und sagten: „Was wollt ihr denn, die haben doch recht von der RGO". Ein Kollege, den ein Vertrauensmann zum Zurückziehen seiner Unterschrift drängen wollte, sagte: „Wenn nötig, würde ich die Liste noch fünfmal unterschreiben!"

In dieser Woche der Hetze und Erpressungsversuche haben die Kandidaten der RGO-Liste unbeirrbar gekämpft. Sie haben an die 4.000 Faltblätter mit ihrem Kampfprogramm unter der Belegschaft verteilt, haben mit vielen Kollegen diskutiert, die Lügen der Arbeiterfeinde entlarvt und die Ziele ihrer revolutionären Liste erläutert. Auf der ganzen BASF wird jetzt über die Liste und über die RGO diskutiert. An verschiedenen Stellen im Betrieb waren plötzlich Aufkleber zu sehen, auf denen für die RGO-Liste geworben wird und einzelne ihrer Forderungen propagiert werden. In vielen Gesprächen fielen Äußerungen wie: „Endlich wird denen da oben mal richtig eingeheizt" oder „Die sind richtig, die Jungs von der RGO, meine Stimme haben sie."

Natürlich wird der Gewerkschaftsapparat jetzt erst recht gegen die Liste hetzen, wird er alles tun, um einen Keil zwischen sie und die Arbeiter zu treiben. Und es muß mit verschärften Angriffen der Kapitalisten selbst gerechnet werden. Man erinnere sich an das kürzlich ergangene Urteil des Bundesarbeitsgerichts gegen den entlassenen revolutionären Betriebsrat von HDW (Kiel), Bernd Woitalla. Darin heißt es, auch schon im Wahlkampf müsse die Grundlage für eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber" gelegt werden und eine fristlose Entlassung von Betriebsratskandidaten, die dieses nicht gewährleisten, sei rechtens.





Die drei Kandidaten der RGO-Liste: **Karl-Heinz Keßler**, (27), Maschinenschlosser, **Robert Stein**, (21), Akkordschlosser, **Frithjof Rausch**, (29), Chemiefacharbeiter (von links nach rechts).

Aber die Solidarität mit der RGO-Liste ist stark. Das hat sich in der letzten Woche deutlich gezeigt. Kaum ein Kollege ging auf den Erpresserbrief ein, den die IG-Chemie-Bonzen an die gewerkschaftlich organisierten Unterzeichner der Liste (und die meisten Unterzeichnen sind in der IG Chemie) schickten. In diesem Brief wurden sie unverfroren als dumme Tölpel hingestellt, die im Glauben unterschrieben hätten, es handele sich um die Liste der IG-Chemie. „Großzügig" bieten die Bonzen ihnen an, nachträglich bei der IG Chemie zu unterschreiben, falls sie nicht aus der Gewerkschaft fliegen wollen. Als sich daraufhin kaum einer meldete, schickten die Bonzen einen zweiten Brief an die Kollegen. Darin wird schamlos gelogen: Die meisten Unterzeichner hätten inzwischen widerrufen. Dem Brief lag eine vorgedruckte Nichtigkeitserklärung sowie Kuvert und Rückporto bei.

Und um der Sache Nachdruck zu verleihen, wurden die Vertrauensleute in die Abteilungen geschickt, um die

Aber die drei Kandidaten der RGO-Liste stehen nicht allein. Sie haben die Sympathie vieler Kollegen, die einen Angriff auf die Liste als Angriff auf die Rechte der Arbeiter betrachten. Und sie haben die Unterstützung unserer Partei. Unsere Partei hat in der vergangenen Woche Tausende von Flugblättern zur Unterstützung des Kampfes für die RGO-Liste verteilt. Sie hat die Verteilung von 1.000 Broschüren „Was will die RGO?" unter den BASF-Kollegen unterstützt. Sie wird nach Kräften dazu beitragen, daß im März die Liste der RGO zur Wahl steht und daß der Alptraum der IG-Chemie-Bonzen Wirklichkeit wird: revolutionäre und klassenkämpferische Gewerkschafter im Betriebsrat von BASF.

Revolutionäre Betriebsräte berichten



Annette Schnoor, seit über vier Jahren revolutionäre Betriebsrätin bei Siemens/Witten.

Ich bin 1974 bei Siemens in Witten in den Betriebsrat gewählt worden. Bei uns arbeiten in der Produktion fast ausschließlich Frauen, die meisten natürlich in den sogenannten Leichtlohngruppen.

Um einen einigermaßen anständigen Lohn zu erhalten, müssen wir unheimlich Akkord kloppen. Und das wird immer schlimmer, weil die Akkorde ständig erhöht werden. Bei mir in der Abteilung z. B. ist die Vorgabezeit jetzt um 40% gekürzt worden, d. h., wir sollen für die gleiche Arbeit in Zukunft 4,30 DM weniger Stundenlohn erhalten. Deshalb ist schon seit langem eine wichtige Forderung der Kolleginnen: Keine weitere Kürzung der Vorgabezeiten.

Die Belegschaft kämpft auch schon lange dafür, daß in der Fertigung eine Klimaanlage eingebaut wird, weil die Arbeitsbedingungen im Sommer unerträglich sind. Und besondere Empörung herrscht darüber, daß die Kolleginnen, die aufgrund der immer schärferen Ausbeutung und der Arbeitsbedingungen bei Siemens krank werden, skrupellos auf die Straße gesetzt werden.

Die Mehrheit des Betriebsrats schert sich den Teufel um diese Forderungen. Im Gegenteil. Sie stimmen den Entlassungen wegen Krankheit zu.

Ich bin 1974 auf der IGM-Liste in den Betriebsrat gewählt worden, weil ich für diese Forderungen der Arbeiterinnen und gegen die Geheimdiplomatie des alten Betriebsrats und den Mitbestimmungsbetrug des DGB-Apparats eingetreten bin. Die Siemens-Kapitalisten, die Mehrheit des Betriebsrats und der IGM-Apparat haben mich von Anfang an mit allen Mitteln bekämpft. Sie haben gelogen und gehetzt, sie haben mich aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und noch 1974 meinen Ausschluß auf dem Betriebsrat beim Arbeitsgericht beantragt. Aber dank der breiten Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen konnten die Angriffe zurückgeschlagen werden. Ich habe den Prozeß in zwei Instanzen gewonnen.

Ich habe mich in diesen vier Jahren nach Kräften bemüht, den Kampf der Belegschaft für ihre Forderungen zu unterstützen. So konnten wir gemeinsam verhindern, daß ein kämpferischer Vertrauensmann entlassen wurde. Die türkischen Kolleginnen konnte mit Hilfe einer Unterschriftensammlung durchsetzen, daß sie sechs Wochen Heimaturlaub bekommen. Die Kantinenpreiserhöhung mußte aufgrund des Widerstandes der Belegschaft um ein halbes Jahr verschoben werden.

Es haben sich auch oft Kolleginnen aus einzelnen Abteilungen an mich gewandt, daß ich ihnen beim Kampf für die Bezahlung von Wartezeiten usw. helfe — oder daß ich besondere Sauereien auf den Belegschaftsversammlungen anprangere. Ich habe die Forderungen der Kolleginnen bei den Betriebsratssitzungen auf den Tisch gebracht und jede Gelegenheit genutzt, um den Kolleginnen zu berichten, wie zynisch unsere gerechten Forderungen von der Mehrheit des Betriebsrats abgeschmettert worden sind.

Der Haß der Belegschaft auf die Reaktionäre im Betriebsrat ist so groß, daß diese „Vertreter" bei der letzten Belegschaftsversammlung kein Bein an den Boden gekriegt haben. Zweifellos wird der IGM-Apparat bei der diesjährigen Betriebsratswahl irgendwelche Tricks und scheinoppositionellen Manöver durchführen. Ich habe im Betriebsrat den Antrag gestellt, eine Einheitsliste zu machen, auf der jeder Kollege unabhängig von seiner Gewerkschaftszugehörigkeit kandidieren kann. Der Betriebsrat hat das abgelehnt. Darüber sind die Kolleginnen sehr empört. Es steht fest: Wenn die Vertrauensleute wirklich eine IGM-Liste beschließen, wird es auf jeden Fall eine klassenkämpferische Gegenliste geben.

Schwarze Listen des DGB-Apparats
Über 600 Ausschlüsse

Mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe und dem Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung wendet der DGB-Apparat immer offenere faschistische Methoden an, um die Gewerkschaften von klassenkämpferischen, revolutionären und kommunistischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu säubern. Gewerkschaftsausschlüsse aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind an der Tagesordnung. Welchen Umfang die Säuberung der DGB-Gewerkschaften bereits angenommen hat, enthüllt ein Geheimpapier des DGB-Bundesvorstandes.

In diesem Papier — herausgegeben von der Abteilung Organisation des Bundesvorstandes des DGB — sind, in alphabetischer Reihenfolge, mit Namen und Adresse über 600 Namen von Kollegen und Kolleginnen aufgezählt, die bis zum 30. 9. 1977 aus einer der DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. 600 Kollegen, die ausgeschlossen wurden, weil sie am konsequentesten die Interessen ihrer Kollegen vertreten haben, die ausgeschlossen wurden, weil sie die verräterische Politik des DGB-Apparats entschieden bekämpft haben. Unter diesen 600 Kolleginnen und Kollegen gibt es keine Mitglieder der revisionistischen DKP. Ein Judaslohn für bereits erwiesene treue Dienste, die die DKP den Kapitalisten und dem DGB-Apparat leistet — bis hin zur Denunziation revolutionärer und kommunistischer Gewerkschaftsmitglieder.

Das Geheimpapier des DGB-Bundesvorstandes wurde nicht zufällig gerade jetzt zusammengestellt. Es ist breit im Funktionärskörper der Einzelgewerkschaften verteilt worden, um zu verhindern, daß die ausgeschlossenen Kollegen und Kolleginnen beim Wechsel zu einer neuen Arbeitsstelle oder bei einem Umzug in einen anderen Ort wieder in die Gewerkschaft aufgenommen werden. Eine Schwarze Liste also, ein Spitzeldossier des DGB-Bundesvorstandes. Abgesehen davon sind die Namen, die auf dieser Liste stehen, sicher auch der zentralen Computerkartei des Bundeskriminalamtes bzw. des Bundesverfassungsschutzes einverleibt worden. Die faschistischen Praktiken des DGB-Bundesvorstandes können sich durchaus mit denen der Staatsorgane messen.

Der Ausschlußterror des DGB-Apparats ist allerdings auch ein Zeichen seiner Schwäche. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften, die über den Verrat, die Streikbruchtaktik und die Unterdrückungsmethoden des DGB-Apparats empört sind, ist groß. Und es wächst die Zahl derjenigen, die bewußt den Kampf gegen den DGB-Apparat aufnehmen, es wächst die Zahl derjenigen Kollegen und Kolleginnen, die auf der Grundlage des Programms der Revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfen. Kein Ausschlußterror wird das Erstarken dieser Bewegung verhindern können.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Für die freie politische Betätigung in den DGB-Gewerkschaften!

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 6)

Die Wählerliste

Was muß die Wählerliste enthalten?

Der Wahlvorstand erstellt die Wählerliste. Die Wählerliste muß (möglichst in alphabetischer Reihenfolge) mit Familiennamen, Vornamen und Geburtsdatum und nach Arbeitern und Angestellten getrennt, alle Wahlberechtigten aufführen. Die Vollständigkeit dieser Angaben in bezug auf jeden einzelnen Wahlberechtigten ist allerdings nicht zwingend vorgeschrieben. Der Unternehmer muß dem Wahlvorstand bei der Erstellung der Wählerliste die notwendige Unterstützung gewähren (z. B. die Lohn- und Gehaltslisten zur Verfügung stellen).

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter und Angestellte, der zum Tag der Wahl im Betrieb beschäftigt ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Leitende Angestellte, Angestellte mit Prokura u. a. sind nicht wahlberechtigt. Ein Halbtagsbeschäftigter dagegen ist wahlberechtigt. Auch ein Lehrling ist wahlberechtigt, wenn er das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Wahlberechtigt ist man aber nur dann, wenn man auf der Liste aufgeführt ist. Deshalb müssen wir kontrollieren, ob wir auf der Wählerliste stehen und ob die Angaben richtig sind. Und wir müssen auch unsere Kollegen dazu anhalten.

Eine ausgesprochene Kündigung, deren Kündigungsfrist zum Wahltermin noch läuft oder wegen der ein Prozeß wegen Sozialwidrigkeit anhängig ist, führt nicht zum Verlust der Wahlberechtigung, noch zur Streichung aus der Wählerliste.

Einsprüche gegen die Wählerliste

Einsprüche gegen die Wählerliste muß der Wahlvorstand unverzüglich entscheiden. Einspruchsberechtigt ist jeder Beschäftigte, nicht nur wer wahlberechtigt ist. Also sind z. B. auch Jugendliche einspruchsberechtigt. Einsprüche müssen vor Ablauf von zwei Wochen seit dem Erlaß des Wahlausschreibens *schriftlich* beim Wahlvorstand eingereicht werden.

Auch nach Ablauf der Frist von zwei Wochen können auf Beschluß des Wahlvorstands noch bestimmte Änderungen an der Wählerliste vorgenommen werden: Kollegen, die nach Ablauf der Frist im Betrieb anfangen, können trotzdem ihre Aufnahme in die Wählerliste beantragen, damit sie wahlberechtigt sind.

Es reicht nicht, es einfach einem Mitglied des Wahlvorstands zu sagen. Auch wenn er sagt, daß es in Ordnung geht, ist der Einspruch rechtlich ohne Wirkung. Wichtig ist auch, daß man den schriftlichen Einspruch bei der Betriebsadresse des Wahlvorstands einreicht. Wenn man den Einspruch einfach einem Mitglied des Wahlvorstands irgendwo im Betrieb gibt, dann kann er ihn in die Tasche stecken und ihn unabsichtlich oder auch absichtlich vergessen. In diesem Fall gilt die Einspruchsfrist als nicht eingehalten. Der Einspruch muß den Wahlvorstand offiziell erreichen, und das geht mit Sicherheit nur über die Betriebsadresse.

Der Wahlvorstand muß die Entscheidung über den Einspruch gegen die Wählerliste unverzüglich schriftlich dem Kollegen mitteilen, der den Einspruch erhoben hat. Spätestens aber einen Tag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe.

GEGEN REAKTION

Streiflichter

„Weltniveau“ bei Preissteigerungen

Die ungarische Regierung hat sich das Ziel gesetzt, mit der ungarischen Wirtschaft Weltniveau zu erreichen. Nun, was die Preissteigerungen betrifft, hat sie es mit Sicherheit geschafft. Gerade vor einem Jahr, Anfang Januar 1977, erhöhte die ungarische Regierung die Kaffeepreise um 30%. Jetzt verordnete sie eine erneute Preiserhöhung von 50%!

Damit ist, so sagt man in Ungarn, Kaffee zu einem Luxusartikel geworden. Mit den Kaffeepreisen steigen natürlich auch die Preise in den Cafes. Zahlten die ungarischen Werktätigen bisher für einen „Dupla“ (Espresso) 3,60 Forint, so müssen sie jetzt 4,60 Forint bezahlen. Überhaupt müssen die Werktätigen jetzt zehnmal überlegen, ob sie noch ins Cafe gehen können. Denn die Preise für Kuchen wurden 25%, für Bonbons um 22%, für Kakao um 30% und für Schokolade um 33% erhöht.

Aber nicht nur die Preise für Genußmittel sind gestiegen. Teurer werden auch Fahrräder (12%), Eisenartikel (16-24%) und landwirtschaftliche Geräte aus Eisen (60%).

Und es soll noch schlimmer kommen. Nach dem Wirtschaftsplan der ungarischen Revisionisten sollen die Preise in diesem Jahr im Durchschnitt um 4% steigen. Nach Angaben des „Nepszabadsag“ (Zentralorgan der ungarischen revisionistischen Partei) machen die gegenwärtigen Preissteigerungen aber erst eine 1,8%ige Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus aus...

Zweierlei Maß

Glaubt man der „UZ“, der Zeitung der DKP, so ist ja in der DDR alles anders als hier. Auch die Lage der Arbeiterkinder an den Universitäten. Was stimmt, ist, daß Arbeiterkinder *und* Kinder von Funktionären Anspruch auf ein Stipendium haben. Mit einem Unterschied allerdings. Während Arbeiterkinder ein nach Leistung gestaffeltes Stipendium bekommen, gibt es das Geld für die Kinder der neuen Bourgeoisie frei Haus. In Form von sogenannten Karl-Marx- oder Wilhelm-Pieck-Stipendien, die für „gesellschaftlich verdiente“ Existenzen reserviert sind.

Gleiche Bildungschancen für alle? Ja. Für *alle* Kinder der Bonzen. Für die Arbeiterkinder im Osten wie im Westen dagegen wird es erst dann ein uneingeschränktes Recht auf Bildung geben, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht in Händen hält.

Kinderarbeit in der DDR

Arbeitseinsätze im Betrieb oder auf dem Land gehören für die Jugendlichen in der DDR zur „sozialistischen Bürgerpflicht“. Daß diese Arbeitseinsätze aber mit „Sozialismus“ nichts, mit Kinderarbeit dagegen sehr viel zu tun haben, konnte man jetzt sogar der DDR-Zeitschrift „Neue Justiz“ entnehmen: So kam es nach Angaben der Zeitung im Kreis Meiningen zu sehr vielen Arbeitsunfällen von Schülern, weil die Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten worden waren. Außerdem werden die Schüler häufig länger beschäftigt als die gesetzlich erlaubten vier Wochen im Jahr. Sie werden vor der Arbeitsaufnahme nicht untersucht usw. usf.

Einen Unterschied gibt es allerdings noch zwischen dieser „sozialistischen Kinderarbeit“ in der DDR und der Kinderarbeit in der Bundesrepublik. Während die Kapitalisten im Westen die Kinder für ein paar Pfennig Lohn ausbeuten, brauchen die Betriebe in der DDR den Schülern keinen Pfennig für ihre Arbeit zu zahlen!

Zwei Tage Majdanek-Prozess

Mitleid und Blumen für die Massenmörder

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, zwei Verhandlungstage im Majdanekprozeß vor dem Landgericht in Düsseldorf zu verfolgen. Die Verhandlung findet in einem großen, modern eingerichteten Saal statt. — Es geht um die Ermordung von nachweislich 250.000, vermutlich aber 1,5 Millionen Menschen (Aussage des Staatsanwalts) im KZ Lublin-Majdanek, um viehische Mißhandlungen und Quälereien. — Wer aber erwartet hat, die Massenmörder und Menschenquäler in Handschellen vorgeführt und scharf bewacht zu sehen, der sieht sich getäuscht. Kein Angeklagter ist in Haft.

Um 9 Uhr nehmen Verteidiger und Angeklagte ihre Plätze ein. Jetzt erst kann man die Angeklagten unterscheiden. Es sind neun Männer und fünf Frauen, die an vier Tischreihen zwischen den schwarzen Roben ihrer 22 Verteidiger sitzen. Der Prozeß begann schon vor 1 1/2 Jahren, und er wird mindestens noch zwei Jahre dauern. Die Verhandlungsführung der Angeklagten und ihrer Anwälte ist auf Prozeßverschleppung berechnet, und das Gericht kommt dem entgegen.

Mitleid mit dem Massenmörder...

Um 9 Uhr, zu Beginn, stellt einer der Anwälte einen Antrag auf Ablehnung der Richter und Schöffen wegen Befangenheit. Die Begründung ist spitzfindig und fadenscheinig. Aber das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Nach einer Pause verkündet es, daß eine höhere Kammer die Sache entscheiden müsse. Wieder Pause. Es dauert eine Stunde. Dann erklärt das Gericht, daß eine weitere Frist von drei Stunden für die Entscheidung der höheren Kammer vonnöten sei. Nach drei Stunden endlich wird die Entscheidung der höheren Kammer — Ablehnung des Antrags — verkündet, und das Gericht zieht sich nochmals zurück, um nun über diese Entscheidung zu beraten. Nochmals Pause. Um 14.30 Uhr schließlich hat auch das Gericht den Antrag des Anwalts abgelehnt, und die Hauptverhandlung kann weitergehen. — Nun aber gibt der Anwalt eines der Hauptangeklagten bekannt, daß sein Mandant wieder einmal unter einem Anfall jener heftigen Nervenschmerzen im Gesicht leide, die dem Gericht schon bekannt seien. Der Angeklagte nickt dazu mit leidendem Gesichtsausdruck. Der medizinische Sachverständige meldet sich zu Wort und bestätigt den Zustand des Angeklagten. Er habe, sagt er, in der Pause dem Angeklagten eine schmerzstillende Spritze verabreicht, die leider die Nebenwirkung habe, Bewußtsein und Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten einzuschränken. — Wieviele Opfer hat dieser Angeklagte zu Tode geschlagen, getreten, geschossen, gewürgt und getrieben — ohne zu fragen, ob ihnen etwa die Gesichtsnerven zuckten, da sie ermordet wurden! — **Der Richter aber vertagt in Anbetracht des Gesundheitszustandes des Massenmörders die Verhandlung mit den besten Wünschen für die Gesundheit...**

Majdanek — eine polnische Zeugin berichtet

Am nächsten Morgen wird eine ehemalige Insassin des KZs, eine polnische Frau, als Zeugin befragt. Über 150 Zeugen haben vor ihr schon ausgesagt, etwa 100 werden nach ihr noch befragt werden. Die Polin hat im Nähereikommando des Lagers Majdanek Zwangsarbeit leisten müssen. Einmal ist sie wegen eines Stücks Brot, das sie den Kindern eines Transports zugeschoben hatte, bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt worden und hat, aus der Ohnmacht erwacht, sofort wieder arbeiten müssen. Sie hat nur einen kleinen Ausschnitt des Lagers überblicken können, hat — durch die Türen, Fenster und Ritzen ihrer Baracke — nur einen winzigen Teil der im Konzentrationslager geschehenen Verbrechen gesehen. Doch was sie berichtet, ist haarsträubend. Sie wurde Zeuge, wie griechische Häftlingsfrauen in einer Latrinengrube ertränkt wurden, sie sah, wie Hunderte von Kindern verschiedenen Alters auf Lastwagen verladen, abtransportiert und in Feuergruben geworfen wurden. Sie sah weitere Morde und Mißhandlungen. Die Erinnerung an die gesehenen


Die Verbrennungsöfen von Majdanek

Greuel greift sie an und zerrt an ihren Nerven. Nach kurzer Zeit der Aussage ist sie erschöpft, und der Richter muß eine Verhandlungspause einlegen, damit die Zeugin sich erholen und weiter aussagen kann.

Zentrale Figuren der geschilderten Verbrechen sind zwei Frauen: die Oberaufseherin Hermine Ryan, geborene Braunsteiner, und die Aufseherin Lächert, von den Häftlingen „Blutige Brigida“ genannt. Die Aussage der Zeugin scheint die beiden nicht zu beeindrucken. In einer Verhandlungspause sagt die „Blutige Brigida“ laut, alles sei Lüge, und man solle sich endlich mal um andere Massenmorde, Hiroshima zum Beispiel, kümmern. Daneben steht die Oberaufseherin Ryan zusammen mit Faschisten, die den Prozeß als Zuschauer verfolgen, und jammert über die „Strapazen“ der Verhandlung. Sie bekommt einen Blumenstrauß überreicht und trägt ihn, als die Pause zu Ende ist, in den Gerichtssaal hinein und legt ihn provokativ vor sich auf den Tisch.

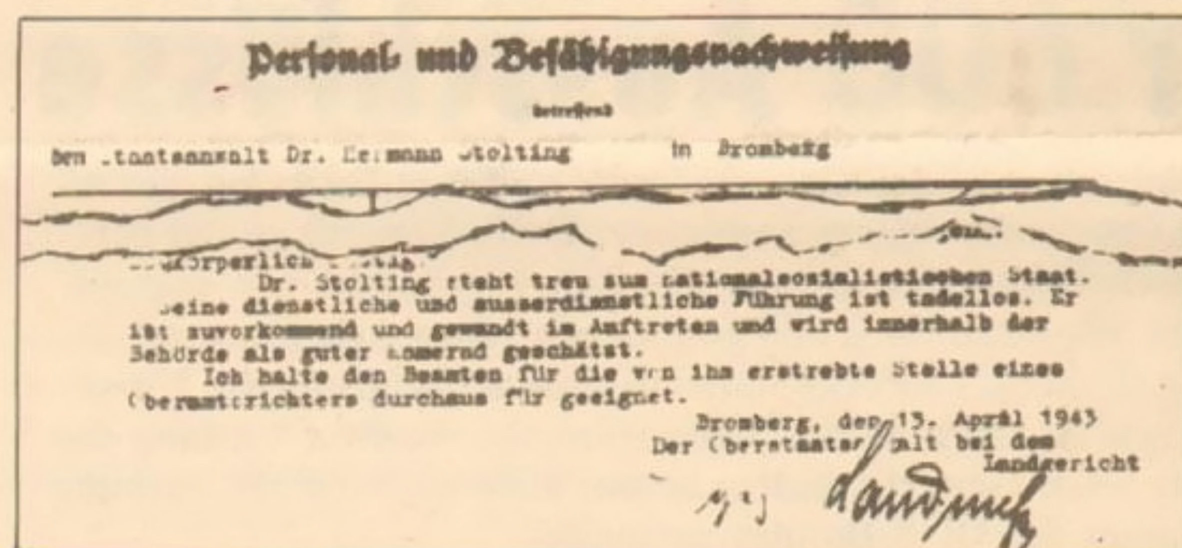
...gefoltert von den Anwälten der Mörder

Ein Teil der Anwälte sind selbst Faschisten, sind teils alte, teils neue Nazis. So war einer der älteren von ihnen — Stolting — während des Hitlerfaschismus selbst Staatsanwalt in Polen, wurde wegen seiner „Treue zum NS-Staat“ gelobt und wirkte bei etlichen Todesurteilen etwa wegen Fahrraddiebstahl mit. Ein anderer, jüngerer Anwalt, hat 1974 in Polen versucht, ehemalige KZ-Häftlinge mit Geld von ihren Aussagen abzubringen. Die „Nationalzeitung“ sieht in ihm „einen hervorragenden Anwalt“. Als die Reihe an sie kommt, die Zeugin zu befragen, nehmen sie diese schonungslos ins Kreuzverhör.

Die Zeugin war 1943/44 im KZ Majdanek. 1970 hat sie zum erstenmal Aussagen darüber zu Protokoll gegeben. Nun ist klar, daß ihre Aussage heute in Details und Nebensächlichkeiten von der ersten Aussage abweichen muß. Wie können auch Berichte, die in einem Abstand von acht Jahren gegeben wurden, deckungsgleich sein, zumal die betreffenden Vorgänge fast 35 Jahre zurückliegen! — Dies aber — und daneben die zunehmende Erschöpfung der Zeugin — nutzen die Anwälte schamlos aus. **Sie behandeln die Zeugin, die bleich in dem Zeugenstand sitzt, als sei sie eine Angeklagte. Sie greifen sie an, verhöhnen und beleidigen sie; und mit Empörung wird man gewahr, daß da eine Frau, die vor fast 35 Jahren den Mord- und Folterhöllen der Nazis entronnen ist, aufs neue — nur mit subtileren Methoden — gefoltert wird von den Anwälten der Mörder.** Und das geschieht unter den gelangweilten Augen der Richter und Staatsanwälte, begleitet von dem leisen Lachen und dem beifälligen Gemurmel der Handvoll Faschisten, die sich unter die Zuschauer gemischt haben.

Die Zeugin kann sich nicht mehr genau erinnern, von wo aus sie den Mord an den griechischen Häftlingsfrauen beobachtet hat, ob von ihrer Baracke oder von der Latrine aus. Sie weiß nur noch, daß sie durch einen Spalt in einer Bretterwand gesehen hat. — „Wie lange haben Sie an diesem Spalt gestanden?“, fragt der Anwalt. — „Ich bin gleich davongelaufen“, sagt die Zeugin. — „Wohin?“ — „In die Mitte der Baracke. Zu meinem Bett.“ — „Habe ich Sie recht verstanden: in die Mitte der Baracke?“ — „Ja.“ — „Darf ich Sie daran erinnern“, sagt der Anwalt, „Sie haben gesagt, Sie wüßten nicht, ob Sie das fragliche Geschehen von der Latrine oder von der Baracke aus gesehen haben.“ — „Das spielt keine Rolle! Ich konnte von beiden Punkten zu meinem Bett laufen.“ — „Nein!“, sagt der Anwalt. „Es kann nur die Baracke gewesen sein, wegen des Bettes. **Oder stand in der Latrine auch ein Bett?“**

Es geht wieder um die Latrine. Die Zeugin sagt, sie schätze die Tiefe der Grube auf zwei bis 2 1/2 Meter. Der Anwalt hält dagegen: Sie **vermute** das nur. Die Zeugin beharrt darauf, daß sie **geschätzt** habe. Daraufhin stellt der Anwalt einen Antrag an das Gericht zu entscheiden, daß die **Schätzung** der Zeugin als **Vermutung** zu betrachten sei. Lächerlich! — sollte man meinen. Doch das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Es lehnt den Antrag ab, doch der Anwalt stellt ihn erneut, nur mit veränderter Fragestellung. Doppelt lächerlich, sollte man meinen. Doch das Gericht berät erneut; und während es berät, läuft einer der Anwälte lachend durch die Reihen und verkündet, er wüßte noch eine dritte Fragemöglichkeit, um das Gericht zur Beratung zu veranlassen. Auf den Anklagebänken geht nun ein Lachen, Tuscheln und Grinsen an über den Witz, während die Zeugin auf der Zeugenbank sitzt mit vor Empörung und Erschöpfung bleichem Gesicht.


Personal- und Befähigungsnachweisung

betreffend

den Staatsanwalt Dr. Hermann Stolting in Bromberg

[illegible] körperlich [illegible]

Dr. Stolting steht treu zum nationalsozialistischen Staat. Seine dienstliche und ausserdienstliche Führung ist tadellos. Er ist zuvorkommend und gewandt im Auftreten und wird innerhalb der Behörde als guter Kamerad geschätzt.

Ich halte den Beamten für die von ihm erstrebte Stelle eines Oberamtsrichters durchaus für geeignet.

Bromberg, den 13. April 1943
Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht
[illegible]

Der Anwalt der KZ-Aufseherin Hermine Böttcher, Stolting, hat schon eine Karriere als Sondergerichtsankläger bei den Nazis hinter sich.

Was in diesem Gerichtssaal in Düsseldorf vorgeht, muß jeden, der ein Gefühl für Gerechtigkeit und menschliche Würde hat, zutiefst empören. Und viele der — meist jugendlichen — Zuschauer äußern ihre Empörung leise in den Zuschauerbänken und laut in den Verhandlungspausen auf dem Gang.

Es geht nicht um Gerechtigkeit

Warum wird mit diesen Massenmördern und Menschenquälern nicht einfach kurzer Prozeß gemacht? Warum leben sie überhaupt noch, laufen gar frei herum? Was beabsichtigen die Veranstalter mit diesem unwürdigen Prozeß-Schauspiel?

In einer Verhandlungspause kommt es zu einer Diskussion zwischen Jugendlichen und beiden Staatsanwälten, die die Anklage vertreten. Es sind junge Staatsanwälte, die sich progressiv und aufgeschlossen geben. — Daß sich die Angeklagten auf freiem Fuß befänden, gibt der eine zu, sei sicher eine heikle und problematische Sache. — Doch dann kommt die Diskussion auf die Flucht Kapplers. — Der Fall Kappler sei etwas ganz anderes, sagt da derselbe Staatsanwalt. Man könne die Massenvernichtung in den KZs nicht mit den Fällen vergleichen, wo „bei der Partisanenbekämpfung über die Stränge geschlagen wurde“. — Solche Leute treten in der Rolle des Anklägers der faschistischen Barbaren auf!

Derselbe Staatsanwalt verrät auch, worauf es bei diesem Prozeß letztlich ankommt. Auf die Frage eines Jugendlichen, welche Strafen die Angeklagten zu erwarten hätten, sagt er zunächst, als Prozeßbeteiligter könne er darüber — verständlicherweise — keine Meinung äußern. Doch dann ergänzt er: Auf das Strafmaß, auf die Höhe der Strafen komme es im Grunde gar nicht so sehr an; bei so erheblichen Taten könne die Gerechtigkeit sowieso nicht wiederhergestellt werden. Wichtig sei, daß der Prozeß überhaupt geführt werde, denn das Ausland verfolge die Behandlung solcher Dinge in der Bundesrepublik ausgesprochen argwöhnisch. — Es geht also darum, die Fassade zu tünchen, um sonst nichts.

Eine antifaschistische Tat ist von diesem Staat auch nicht zu erwarten. Im Gegenteil! In der Bundesrepublik herrscht noch immer das kapitalistische System, schalten und walten noch immer die Konzerne, die einst die Nazis an die Macht gehievt, in ihrer Macht befestigt und aus ihrer blutigen Herrschaft ungeheure Profite gezogen haben. Die Staats-, Justiz- und Polizeiapparate sind nach 45 von alten Nazis mit aufgebaut und reichlich durchsetzt worden und knebeln, bedrücken und verfolgen heute das Volk in immer stärkerem Maße. Die Bundesrepublik ist der wahrhafte Rechtsnachfolger des Dritten Reiches.

Deshalb kann die Bundesrepublik diesen Prozeß auch nur so führen: als Schlag ins Gesicht aller Menschen und Völker, die unter dem deutschen Faschismus gelitten haben, als Schlag ins Gesicht aller antifaschistisch gesinnten Menschen in Deutschland und der ganzen Welt. Man kann nur hoffen, daß dieser Staat, dieser Schmutz- und Schandfleck in der Geschichte des deutschen Volkes, bald seinem Vorgänger folgen und von der Bildfläche verschwinden wird (hoffentlich wird dies so zeitig sein, daß das Volk dann wenigstens noch einige der nazistischen Verbrecher lebend vorfinden und an ihnen seine Gerechtigkeit ausüben kann).

Um fünf Uhr nachmittags ist die Verhandlung für den Tag beendet. Die Zeugin verläßt, gestützt von Begleitern, blaß und erschöpft den Saal. Die Angeklagten aber packen aufgeräumt ihre Sachen zusammen und gehen hinaus in Freiheit.

UND FASCHISMUS!

Interview des Roten Morgen mit dem Schriftsteller Peter O. Chotjewitz

Weil der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz am 2. April 1976 einem Appell an die Presse und die Massenmedien in der Bundesrepublik und Westberlin über die Lage der politischen Gefangenen den Text einer Erklärung der 80 damals im Hungerstreik befindlichen Gefangenen beilegte, erhielt er jetzt eine Anklageschrift wegen „Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" gemäß § 111 des Strafgesetzbuches. Im einzelnen wirft ihm der Staatsanwalt vor: Verstoß gegen das Waffengesetz, Aufforderung zu besonders schwerem, weil bewaffnetem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Aufforderung zur Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Der „Rote Morgen" sprach darüber mit Peter O. Chotjewitz.

RM: Was wird mit dieser Anklageschrift gegen Sie bezweckt?

Chotjewitz: Meiner Einschätzung nach hat dieser juristische und publizistische Angriff gegen mich drei Gründe. Man hört gegenwärtig sehr viel davon, daß angeblich über die Ursachen des Terrorismus diskutiert werden soll. Tatsächlich wird aber eine solche Diskussion vor allem unter den Linken massiv verhindert. Ich habe nun immer zu denen gehört, die verlangt haben, zunächst einmal zu erfahren, was diese Gruppen, z. B. die RAF, überhaupt geschrieben, gesagt, gewollt und gemacht haben. Und zwar ohne Verfälschungen durch den Staatsschutz. Ich begreife also diesen Angriff gegen mich in erster Linie als eine Attacke gegen jemanden, der sich auch in Fragen des Gewaltproblems keinen Maulkorb umhängen lassen will. Weiter meine ich, daß mit dieser Kampagne jemand getroffen werden soll, der sich immer dafür interessiert hat, was in den Haftanstalten vor sich geht und auch mehrfach Kollegen, Schriftsteller und Intellektuelle aufgefordert hat, sich dafür zu interessieren. Denn die Haftbedingungen inhaftierter Mitglieder dieser Gruppen sind untragbar. Die Gefangenen kämpfen um ihre Existenz — zumeist in psychischer, aber auch in physischer Hinsicht. Zumindest, daß sie alle schwer erkranken, ist mit Sicherheit zu erwarten und wird eigentlich auch durch medizinische Gutachten, etwa die Gutachten zur Verhandlungsfähigkeit der inzwischen toten Stammheimer Häftlinge belegt. Zum dritten wird, glaube ich, beabsichtigt, mein Eintreten — und das meiner Kollegen aus dem PEN-Zentrum und dem Schriftstellerverband — für demokratische Verhältnisse in diesem Staat zu diffamieren, indem man mich dem sogenannten „Sympathisantenfeld" zuordnet. Diese drei Punkte sind meines Erachtens das entscheidende. Wie es dann juristisch läuft, ist eigentlich zweitrangig. Denn, wie man so schön sagt, wenn man einen Hund treffen will, findet man immer einen Stein.

RM: Der Paragraph, mit dem die Staatsanwaltschaft gegen Sie vorgeht, steht in einer bestimmten Tradition.

Chotjewitz: Ja, es handelt sich hier um einen Paragraphen, der eine große Tradition hat, wenn es darum geht, die Meinung von Demokraten und Linken zu unterdrücken. Er stammt bereits aus dem Kaiserreich. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein Redner aufgrund dieses Paragraphen verurteilt wurde, weil er auf einer Antikriegsversammlung rief: Krieg dem Krieg. Dann gibt es eine Reichsgerichtsentscheidung aus dem Jahre 1929. Damals hatten die Kommunisten aufgerufen, die Kinder am sogenannten Verfassungstag nicht in die Schule zu schicken. Es gab Plakate, die die Überschrift trugen: „Arbeitermütter, schickt eure Kinder nicht in die Schule!" und dazu ausführten: „Indem ihr die Verfassung feiert, „Indem ihr die Verfassung feiert, feiert ihr den Schutz des Geldsackes, des die Knechtung des Proletariats. Nieder mit der kapitalistischen Verfassung! Es lebe die Sowjetrepublik!" Auch für diese Aufforderung wurden die Urheber aufgrund dieses Paragraphen bestraft.

Heute, in meinem Fall, geht es darum, zu verhindern, daß Öffentlichkeit über die Situation in den Haftanstalten geschaffen wird.

RM: Worauf stützt sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift im einzelnen?

Chotjewitz: Ich habe am 2. April vorigen Jahres einen Appell an etwa 40 Intellektuelle und Schriftsteller in der Bundesrepublik verschickt. Darin habe ich geschildert, daß gegenwärtig ein Hungerstreik von Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen durchgeführt wird und meine Besorgnis darüber ausgedrückt, daß hier möglicherweise das Leben von Gefangenen in Gefahr ist, was ich mit einem Zitat des Anstaltsarztes von Stuttgart-Stammheim belegt habe. Um die Situation der Gefangenen und ihre Forderungen etwas zu verdeutlichen, habe ich den Text der Erklärung der damals im Hungerstreik befindlichen Gefangenen beigelegt. Am Schluß dieser Hungerstreikerklärung steht nun der Satz: „Widerstand bewaffnen! Die Illegalität organisieren! Den antiimperialistischen Kampf offensiv führen!". Diesen Satz in einer Erklärung, die überhaupt nicht von mir stammt, nimmt die Staatsanwaltschaft jetzt zum Anlaß, um zu behaupten, ich hätte zu strafbaren Handlungen aufgerufen. Das „beweist" sie außerdem damit, daß angeblich mein gesamtes Verhalten beweise, daß ich mit „terroristischen Gewalttätern" und Gruppen, in denen sie sich zusammengeschlossen haben, sympathisieren würde. Um das zu belegen, hat man sich sehr viel Mühe gegeben, offenbar auch auf Datenbänke zurückgegriffen. Denn da werden Dinge aufgeführt, von denen ich nie geahnt habe, daß sie so sorgfältig „beobachtet" worden sind. Etwa 20 an sich strafrechtlich völlig unerhebliche Ereignisse werden da angeführt. Wenn man gewollt hätte, hätte man auch 200 dieser Art zusammenbringen könne.

RM: Herr Chotjewitz, Sie haben anfänglich schon davon gesprochen, daß es sich nicht nur um einen juristischen Angriff gegen Sie handelt. Können Sie dazu Näheres sagen?

Chotjewitz: Ja. Teile der Anklageschrift sind an die Öffentlichkeit gelangt, und zwar mit vollem Namen und Adresse. Ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt hat, soweit ich weiß, bisher ergeben, daß einem Reporter aus Fulda die Anklageschrift in Frankfurt zugespielt wurde. Das ist eindeutig eine strafbare Handlung. Durch die Presseveröffentlichung soll ich diffamiert werden, und zwar in meinem Wohnbereich und in meinem beruflichen Bereich. Zugleich soll der Öffentlichkeit signalisiert werden, daß Aktivitäten, wie ich sie bislang guten Gewissens unternommen habe, mit juristischen Mitteln und diffamatorischen Artikeln verfolgt werden.

Es geht also auch darum, die demokratische Öffentlichkeit insgesamt einzuschüchtern.

Ich habe ferner seit langem den Eindruck, vom Staatsschutz bespitzelt und verfolgt zu werden. Auswärtige Verabredungen mit unverdächtigen Personen wurden observiert, **was darauf schließen ließ, daß mein** Telefon abgehört wird. Ich konnte auch beobachten, daß Kraftfahrzeuge mich observiert haben. Das hing wohl mit meiner Tätigkeit als Verteidiger in politischen Strafsachen, mit meiner Vortrags- und Diskussionstätigkeit als Publizist und mit meiner Bekanntschaft mit Andreas Baader zusammen.

Seit den Presseveröffentlichungen über meinen Prozeß werde ich jetzt auch in meinem Wohnbereich ganz unverhüllt diffamiert und bespitzelt. Von außen werden in der Gemeinde Gerüchte ausgestreut, die die Funktion haben, die Bevölkerung gegen mich aufzuhetzen oder mich und meine Familie zumindest zu isolieren. Auch durch die offenen Observationsmaßnahmen soll natürlich gegen mich Stimmung gemacht werden. Das Strafverfahren hat also nur den Zweck, mich und andere einzuschüchtern und mundtot bzw. inaktiv zu machen.

RM: Herr Chotjewitz, wir danken Ihnen für das Gespräch. Sie können sicher sein, daß die Leser unserer Zeitung im Kampf gegen diesen Angriff der Klassenjustiz mit Ihnen solidarisch sind.

Sofortige Einstellung der Anklage gegen Peter O. Chotjewitz!

Weg mit den Jugendbullen!

Hannover: Nach Frankfurt plant nun auch die Stadt Hannover den Einsatz von „Jugendbullen" in Jugendzentren. Denn sie fürchtet die Unruhe unter den Jugendlichen. Die Rote Garde hat sofort diese faschistische Maßnahme auf einem Plakat entlarvt und Hunderte von Flugblättern gegen diesen Terror verteilt. Dabei erlebten sie selbst schon den Einsatz dieser Typen. Nachdem sie in einer Kneipe die Flugblätter verteilt hatten, verfolgte sie ein 25jähriger in Parka und holte die Polizeimarke heraus: „Dann wollen wir mal sehen, wer uns hier als Nazis tituliert!" Er nahm die Personalien auf.

Auf eine Veranstaltung der Roten Garde zu dem Thema „Jugendbullen" kamen 30 Genossen und Freunde. Alle waren sich einig: „Weg mit den Jugendbullen!" Sie beratschlagten, was zu tun ist, wenn diese Spitzel in den Jugendheimen auftauchen.

Kampf der Kunstzensur!



Westberlin: Neben anderen legte der Kunststudent Michael dieses Bild zur Meisterschülerprüfung an der Hochschule der Künste in Westberlin vor. Michael wurde als einziger nicht angenommen. Die Bilder seien „formal schlecht gelöst". Dabei haben die gleichen Bilder bei der Meldung zum Staatsexamen die Bewertung „gut" erhalten. Ein eindeutiger Akt der politischen Disziplinierung. Hier soll ein Kunststudent getroffen werden, der gegen die Faschisierung Stellung bezog. Der KSB/ML an der Hochschule hat sofort gegen diese Maßnahme ein Flugblatt verbreitet. Die Genossen hängten Wandzeitungen auf und sammelten Unterschriften. Viele der anderen Prüflinge und Kommilitonen haben sich bereits mit Michael solidarisiert. Kampf der politischen Unterdrückung fortschrittlicher Studenten!

Weg mit den Ordnungsverfahren!



Streik an der Technischen Fachhochschule Westberlin.

Westberlin: Der KSB/ML hat zur Solidarität mit vier Studenten der Technischen Fachhochschule Westberlin aufgerufen, die ein Ordnungsverfahren erhalten haben, weil sie im letzten Jahr am Streik teilnahmen und Streikposten standen. „Hausfriedensbruch", „Sachbeschädigung" wird ihr gerechter Kampf genannt. Diese faschistische Praxis ist an der Technischen Fachhochschule gang und gäbe, bereits 50 Ordnungs- und Strafverfahren sind hier schon gegen fortschrittliche Studenten angestrengt worden. Es besteht Wandzeitungsverbot und Verbot für Büchertische und Zeitungsverkauf. Kampf der Polizeiuniversität! Kampf dem Ordnungsrecht!

Geldstrafe für Verleger

München: Das Landgericht hat die beiden Geschäftsführer des „Trikont-Verlages" für die Veröffentlichung des Buches „Wie alles anfing" von Bommi Baumann zu einer Geldstrafe von je 1.500 DM verurteilt. Die Verleger hätten sich mit den in dem Buch geschilderten Gewalttaten, darunter die Lorenz-Entführung, identifiziert und damit „Straftaten öffentlich gebilligt". Weg mit diesem Gesinnungsurteil! Für Presse- und Meinungsfreiheit!

Führerschein entzogen, weil er den „Staat haßt"

Soest: Der leitende Kreisrechtsdirektor Prinz zu Waldeck hat dem Schriftsteller Peter-Paul Zahl im Namen des Straßenverkehrsamtes Soest den Führerschein entzogen. Der politische Gefangene P.-P. Zahl sitzt seit 1976 im Gefängnis, weil er auf Polizisten geschossen haben soll. Das Straßenverkehrsamt begründet den Entzug des Führerscheins damit, „daß Sie unser Staatswesen hassen (!). Sie setzen sich intolerant und rücksichtslos über alle geltenden, nach Ihrer Meinung unrichtigen Vorstellungen über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg." Deshalb müsse ihm aufgrund „geistig-charakterlicher Mängel" der Führerschein entzogen werden. Dieser Versuch, einen politischen Gefangenen in seiner Existenz zu vernichten, ihn als „Irren" abzustempeln, der sich nicht an Verkehrsregeln halten wird, gleicht den Methoden des Nazi-Faschismus. Kämpfen wir gegen den Terror gegen politische Gefangene! Ein Führerschein für Peter-Paul Zahl!

Steine auf Polizisten

Westberlin: Etwa 5.000 Demonstranten zogen in Westberlin vor das Frauengefängnis in der Lehrter Straße und das Untersuchungsgefängnis in Moabit. Sie forderten unter anderem die Freilassung der drei inhaftierten Agit-Drucker. Die Demonstranten bewarfen die 1.000 eingesetzten Polizisten mit Farbbeuteln und Steinen. Verschiedene Autos der Polizei wurden mit Hakenkreuzen bemalt.

Streikende Zivildienstler sollen bestraft werden

Bonn: Vor dem Kampftag der Zivildienstleistenden in Dortmund hatte der Bundesbeauftragte Iven mit allen Mitteln gedroht: Wer streikt, soll mit Disziplinarmaßnahmen bestraft werden. Iven drohte sogar mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren. Dennoch ließen sich die Ersatzdienstleistenden nicht einschüchtern. 7.000 kamen nach Dortmund. Jetzt hat Iven in einem Rundfunkinterview angekündigt, daß die Zivildienstleistenden, die gestreikt haben, mit Geldbußen bis zur Höchstgrenze (Sold für vier Monate) zu rechnen haben. Dieser unverschämte Angriff auf den Streik der Zivildienstleistenden muß entschlossen bekämpft werden! Solidarität mit dem Kampf der Kriegsdienstverweigerer gegen Kasernierung und Arbeitsdienst! Weg mit den Strafandrohungen!

Mit der Maschinenpistole im Anschlag

Fortsetzung von Seite 1

Hirsch schon bei der Anti-Atom-Demonstration in Kalkar vorgeführt hat.

Und nicht nur das. „An einer Kontrollstelle darf die Identität jeder dort angetroffenen Person festgestellt werden". Stellen Sie sich vor, Sie haben ihren Ausweis vergessen! Wenn das Gesetz durchkommt, kann die Polizei Sie festnehmen, zur Wache schleppen und dort festhalten. Ob 12 Stunden oder 48 Stunden, darüber streiten sich die Parteien noch. Aber sicher ist, die Polizei darf von jedem zur Überprüfung Festgenommenen Fingerabdrücke machen. Sie darf laut Gesetz verbieten, daß man Familienangehörige oder einen Rechtsanwalt von der Festnahme benachrichtigt. Durch Verhaftung unauffindbar verschwunden — bisher war so etwas aus der DDR oder Spanien zu hören. Nun soll es also auch in der Bundesrepublik zum Alltag gehören!

Ungeheuerlich ist auch die Absicht der Regierung, die Durchsuchung von Wohnungen, Gebäuden und ganzen Häuserkomplexen durch die Polizei zu genehmigen. Ein anonymer Anruf, und schon kann die Polizei völlig „rechtmäßig" die Wohnungen irgendeines Hauses durchkämmen, die Bewohner zur „Identitätsfeststellung" festnehmen, wenn „Zweifel" am Ausweis aufkommen. Ja, sie darf aufgrund des „Razziengesetzes" auch die Wohnungen aufbrechen, wenn keiner zu Hause ist. So wie in Köln z. Z. der Schleyer-Entführung. Dort fanden 100 Bewohner eines Studentenhochhauses ein „Entschuldigungsschreiben" vor: Das Bundeskriminalamt hatte in Abwesenheit der Bewohner die Wohnungen durchsucht.

Diese Legalisierung von Gestapo-Methoden richtet sich keinesfalls allein gegen eine Handvoll „Terroristen", dieser Terror richtet sich gegen alle Werktätigen, gegen jeden, der streikt, der für seine Rechte demonstriert, ja gegen jeden, der sich ohne Personalausweis auf die Straße wagt. Die „Razzien"-Gesetze machen den Polizeistaat perfekt! Sie sollen, wie auch das Meldegesetz, den Kontrollgriff über die Bevölkerung wirksamer machen. Kämpfen wir gegen die wachsende Faschisierung! Weg mit den Polizeistaatgesetzen!

— Anzeige —

Werdet Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands!

Das Kontaktsperregesetz
Dokumentation
Rote Hilfe Deutschlands
16 Seiten, 0,50 DM

Die Rote Hilfe Deutschlands ist eine Solidaritätsorganisation, die unabhängig von Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg in Westdeutschland und in der DDR diejenigen unterstützt, die Opfer der politischen Unterdrückung, Opfer staatlicher Willkürmaßnahmen werden.
Wendet euch an:
Rote Hilfe Deutschlands, Stollenstr. 12, Eingang Clausthalstraße, 4600 Dortmund.
Spendenkonto der RHD: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 201007 097, H. Held.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Revolutionäre Grüße aus Trondheim

Vor einiger Zeit fühlte sich die Führung der Kommunistischen Arbeiterpartei/Marxisten-Leninisten (AKP/ML) in Norwegen bemüßigt, die Beziehungen zu unserer Partei abzubrechen. Im Oktober erschien dann in „Klassekampen", dem Zentralorgan der AKP/ML, ein kurzer Artikel, in dem die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und unsere Partei als konterrevolutionär bezeichnet wurden. Im Zusammenhang damit erreichte uns jetzt ein Brief aus Norwegen, den wir im folgenden leicht gekürzt abdrucken.

Lieber „Roter Morgen"!

Etwas spät wünsche ich euch ein siegreiches, revolutionäres Neues Jahr. Es hat mich sehr gefreut, daß die KPD/ML und die vier anderen Bruderparteien einen klaren Standpunkt gegen die revisionistische und konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" eingenommen haben und den Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus aller Schattierungen schonungslos weiterführen. Für das ganze Weltproletariat ist es bedauerlich, daß die Opportunisten trotz aller Phraseologie einen totalen Bruch mit dem Marxismus-Leninismus unternommen haben — ich meine jetzt die neue Leitung der KP Chinas.

Albanien und die Partei der Arbeit mit Enver Hoxha an der Spitze haben eine kompromißlose Haltung dem Opportunismus gegenüber, und sie haben gezeigt, daß die PAA den wahren Marxismus-Leninismus verteidigt.

Am 10. Oktober schrieb „Klassekampen" (die Zeitung der AKP/ML), daß KPD/ML und KPI/ML zum Revisionismus übergegangen seien, weil diese Parteien angeblich die „Vier" gestützt hätten, die bekanntlich der neuen Leitung der KP Chinas zufolge den Kapitalismus wieder einführen wollen, und weil die KPD/ML und die KPI/ML die „Theorie der drei Welten" kritisiert haben. Außerdem wurden die beiden Parteien als ein Teil der Propagandamaschine des Kreml bezeichnet...

Heute ist es sehr wichtig, daß das internationale Proletariat sich auf die Seite des sozialistischen Albanien stellt und es gegen die Angriffe des Imperialismus und der internationalen Bourgeoisie schützt. Die PAA ist heute die leitende marxistisch-leninistische Partei, die die stolzen kämpferischen Traditionen der internationalen kommunistischen Bewegung weiterträgt.

Es lebe der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus!

Es lebe die große Partei der Arbeit Albaniens!

Nieder mit dem Imperialismus, dem Revisionismus und Opportunismus aller Schattierungen!

Es lebe der Kommunismus!

Revolutionäre Grüße von einem norwegischen Leser.

„Eine gute Bekannte von Herrn Professor..."

Liebe Genossen,

ich bin Krankenschwester und habe gestern Nachtdienst gehabt. Die Station war voll, sogar ein Zusatzbett war im Tagesraum eingeschoben worden. So gegen 22 Uhr kommt der Dienstarzt: „Bitte richten Sie ein Bett her, es kommt ein Zugang." Ich erkläre, daß beim besten Willen kein Platz mehr da ist. Er daraufhin: „Das ist eine Private, eingewiesen von Herrn Prof. sound so, eine gute Bekannte von ihm, die muß aufgenommen werden." „Geht nicht", sage ich, „die kann ja nicht in der Badewanne schlafen, man kann sie ja auch nach Erlangen schicken." Das machen wir öfter, wenn alles voll ist. Aber es geht nicht. Sie nach Erlangen zu schicken, das sei unzumutbar für eine Bekannte des Herrn Prof. Ich haben einen ganz schönen Praß. Das ist wohl das klassenlose Krankenhaus der SPD. Der Herr Prof. ist nämlich SPDler.

Die Dame hat fünf Schlaftabletten genommen. Da habe ich eine Idee, die Entgiftung, vielleicht haben die noch ein Bett. Ich frage den diensthabenden Arzt, „Nein, die Station ist erst recht nicht zumutbar, da kommen doch immer so Betrunkene nachts hin." Sie wird also aufgenommen. Ich rufe bei den Werkstätten an. Dort gibt es für den Notfall ausgediente alte Betten. Sie kommen und bringen eines. Dabei erzählt mir der Arbeiter, das hier sei das vorletzte Bett, nun habe wohl jede Station eines eingeschoben.

Ich frage ihn, was er davon hält, daß die Stadt bei einer solchen Überbelegung 600 Betten streichen will. Er grinst nur und meint: „Für die Herren, die das beschließen, findet sich doch immer ein Privatbett." Wie recht er hat. Wäre diese Frau nicht privat, sie hätte nie ein Bett bekommen. Ohne mit der Wimper zu zukken, hätte man sie nach Hause geschickt. An fünf Tabletten ist noch niemand gestorben, wäre der Kommentar gewesen.

Eine Krankenschwester aus Nürnberg

Zwischen 20 und 35 Jahren alt — terroristenverdächtig!

Liebe Genossen,

auf meiner Zugfahrt von Westberlin in die Bundesrepublik passierte mir folgendes: Nach der DDR kam wie gewöhnlich ein Grenzpolizist, um die Papiere zu kontrollieren. Dabei notierte er sich meine Personalien! Da ich ihn sehr verwundert beobachtete, meinte er, er notiere meine Personalien, da ich in einem bestimmten Zeitraum geboren sei. Alle Leute zwischen 20 und 35 Jahren würden überprüft wegen „Terrorismus". Ich sagte, vielleicht seien auch schon 18jährige darunter. Er wurde böse, sagte, er würde sowieso alle notieren und er brauche sich auch nicht zu rechtfertigen. Aber alle würden im Computer überprüft. Solche Unverschämtheiten sind heute auf der Tagesordnung.

Rot Front!

PARTEIVERANSTALTUNGEN:

Hamburg: 10. 2., 19 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt", Hamburg-Barmbek, Kulturabend zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht.

Kiel: 9. 2., 19.30 Uhr, „Kleinkes Eck", Elisabethstraße, Brecht-Veranstaltung.

Augsburg: 11. 2., 19.30 Uhr, Gaststätte „Prinz Eugen", Göggingerstraße 7, zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht.

VERANSTALTUNG DES KSB/ML:

Westberlin: 9. 2., 18 Uhr, Freie Universität, in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee, Aufenthaltsraum der Germanisten, zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht

„Vorwärts und nicht vergessen..."

Im Osten wie im Westen laufen die Feierlichkeiten an. Denn am 10. Februar jährt sich der Geburtstag von Bertolt Brecht zum 80. Mal. Wir werden es sehen: Die Bourgeoisie wird auch diese Gelegenheit nutzen, um den großen revolutionären Dichter zu verleumden oder zu verfälschen. Anders das Proletariat. In seiner Erinnerung lebt dieser kämpferische Schriftsteller weiter. Es kennt und liebt „seinen Brecht", seine Lieder, seine proletarischen Helden. Und wenn jemand anstimmt: „Und weil der Prolet ein Prolet ist", dann wird mancher Arbeiter mitsingen: „Drum wird ihn auch kein anderer befrein..."

Fast drei Jahrzehnte war die Arbeit dieses Dichters und Schriftstellers mit dem revolutionären Kampf des deutschen Proletariats verbunden. Obwohl Brecht nicht Mitglied der Kommunistischen Partei war, ergriff er dennoch Partei: für die Arbeiterbewegung, für die revolutionäre Gewalt und die Diktatur des Proletariats. Und auch für die sozialistische Sowjetunion und Stalin. Diese revolutionäre Haltung hat ihm Haß und Verfolgung durch die Bourgeoisie eingetragen, aber Liebe und Verehrung beim Proletariat.

Sehen wir uns an, was die Bourgeoisie zum 80. Geburtstag von Brecht herausbringt, so ist die Absicht deutlich. In Augsburg, dem Geburtsort von Brecht, wird „Baal" inszeniert. Ein anarchistisches Frühwerk, dumpf und verquält. Oder auf der Kölner Bühne. Man spielt „Happy End". Eine dünne Gaunergeschichte, von der sich Brecht schon bei der Uraufführung listig distanzierte, indem er „Dorothy Lane", ein Pseudonym, als Autor des Textes angab.

Den frühen bürgerlichen Brecht zeigen. Das ist also die eine Methode der Bourgeoisie. Den revolutionären, an der Seite der Arbeiterklasse kämpfenden Brecht unterdrücken, das ist die andere. Bereits 1953 verbot das Adenauer-Regime seine Werke, verhinderte die Aufführung von Stükken. Heute steht ähnliches bevor. „Schonzeit für Brecht" — so formulierte der Herr Karasek im „Spiegel" die Parole, um Brecht-Stücke von der Bühne zu verbannen. Und nicht wenige Theater-Direktoren halten sich schon daran.

In Ostberlin scheinbar ein anderes Bild. Über 70 Veranstaltungen plant das „Komitee für den internationalen Brecht-Dialog" im Februar. Ein großer Rummel, aber mit perfiden Hintergedanken. Sie wollen es so hinstellen, als ob Brecht für das gekämpft hat, was heute in der DDR ist: eine faschistische Diktatur, verkleidet als Sozialismus. Nach der gleichen Methode wie 1962. Damals sollte die Inszenierung des Stückes „Die Tage der Commune" den Bau der Schandmauer als eine entschlossene Handlung der „Diktatur des Proletariats" hinstellen.

Revolutionäre Ideale

Nein, diese Verräter am Kommunismus haben ebensowenig ein Recht, Brecht für sich in Anspruch zu nehmen, wie ihre Blutbrüder im Westen, DKP und SEW. Dieser große Dichter hat sich für die Befreiung und nicht für die Unterdrückung der Werktätigen eingesetzt. Und auch wenn die Veranstaltungen unserer Partei zu Ehren Brechts, ob in Hamburg, Köln oder Westberlin, bei weitem nicht das Ausmaß des revisionistischen Kulturrummels erreichen, so wird das revolutionäre Erbe dieses Künstlers bei uns bewahrt, gepflegt und im kämpferischen Sinne eingesetzt.

Das „Solidaritätslied", das „Einheitsfrontlied", „Resolution der Kommunarden" — immer wieder propagieren die AP-Trupps unserer Partei diese schönen und bewegenden Kampflieder, die Brecht zusammen mit Hanns Eisler für die revolutionäre Arbeiterbewegung schuf. Oder denken wir an die Schallplatte der Partei: „Lob des Kommunismus",

Manche Kulturgruppen haben auch schon Szenen aus seinen revolu-



Bertolt Brecht

tionären Theaterstücken aufgeführt: „Die Mutter" oder „Die Gewehre der Frau Carrar"; oder den Film „Kuhle Wampe" vorgeführt, zu dem Brecht das Drehbuch erarbeitete. Der Auftritt der Genossin Susanne mit „Wiegenliedern" dieses Künstlers auf dem Liederfest in der Jarrestadt zeigt, daß in dem Werk dieses großen Dichters noch viele revolutionäre Lieder, Gedichte und Stücke enthalten sind, die es lohnt, durch unseren Kampf an der Kulturfront am Leben zu erhalten und zu verbreiten. Verteidigen wir die revolutionären Ideale der Werke von Bertolt Brecht, so wie ihn die KPD in den dreißiger Jahren stützte und unterstützte. Setzen wir uns auch dafür ein, daß Brecht nicht aus den Schulbüchern, den Spielplänen der Bühnen und den Massenmedien verbannt wird!

Auf der Seite der Werktätigen

Wenn Brecht sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten stellte, so ist dies nicht allein seiner unbedingten Ehrlichkeit, seiner Bescheidenheit und Empfindsamkeit zu verdanken, sondern auch der Unterstützung und kritischen Solidarität der revolutionären Arbeiter und ihrer Partei, der KPD, für diesen Schriftsteller. Als Bertolt Brecht sich noch in den bürgerlichen Kreisen des „Berlins der Goldenen Zwanziger Jahre" aufhielt, da hat sich die „Rote Fahne" bereits mit ihm auseinandergesetzt. So hieß es zu seinem Stück „Mann ist Mann": „Charakteristisch für Brecht ist das Antisentimentale, die Verhöhnung und Zersetzung der bürgerlich-konventionellen Sentimentalität, das Sich-lustig-Machen über sie. Auf eine herbe, sachliche und doch dichterische Art schlägt er dabei volksliedhafte Klänge an." Und 1927 ermutigte ihn das Zentralorgan der Partei: „Wird Brecht den langen Weg zum kämpfenden Proletariat sich erarbeiten? Man kann es noch nicht unbedingt bejahen. Die Elemente dazu sind vorhanden, aber sie zu entwickeln, hängt von seinem eigenen Wollen ab."

Brecht wollte. Er nahm an Kursen der Marxistischen Arbeiterschulung teil. Die Lehrstücke „Die Maßnahme" oder „Die Ausnahme und die Regel" (1929-30) demonstrieren bereits seine Auseinandersetzung mit verschiedenen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Bei der Aufführung der „Maßnahme" kam er das erstemal näher mit dem kämpfenden Proletariat zusammen. Er lernte von den Agit-Prop-Truppen, arbeitete mit der „Arbeitersängerbewegung", setzte sich mit dem proletarischen Publikum auseinander.

Seit der Aufführung der „Maßnahme" haßte und verfolgte die Bourgeoisie Bertolt Brecht. In Erfurt wurde gegen einen Veranstalter dieses Stückes ein Hochverratsprozeß eröffnet. Auch gegen die „Mutter" gingen die Behörden vor. Der Film „Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt" wurde zweimal durch die Zensur verboten. In all diesen Fällen mobilisierte die Partei die Massen, um den Schriftsteller zu unterstützen und die Aufführung zu erkämpfen.

Volkstümlich und realistisch

Allein 15.000 Berliner Arbeiterfrauen wohnten der Aufführung der „Mutter" bei. In dieser Dramatisierung des Gorki-Romans gelang Brecht eine der schönsten und überzeugendsten Darstellungen einer proletarischen Heldin. Die alte Frau Pelagea Wlassowa wird Schritt für Schritt aus einer Frau, die sich allein um ihren Sohn sorgt, zu einer zielbewußten Revolutionärin, die in die bolschewistische Partei eintritt und konsequent gegen Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistischen Krieg kämpft. Mit diesem Stück hat Bertolt Brecht bereits jene Volkstümlichkeit und jenen Realismus erreicht, den er in seinem gesamten späteren Werk anstrebte und zu bereichern suchte.

In seinem Aufsatz „Volkstümlichkeit und Realismus" (1938) hat Brecht dazu ausgeführt: „Es liegt im Interesse des Volkes, der breiten arbeitenden Massen, von der Literatur wirklichkeitsgetreue Abbildungen des Lebens zu bekommen und wirklichkeitsgetreue Abbildungen des Lebens dienen tatsächlich nur dem Volk, den breiten, arbeitenden Massen, müssen also unbedingt für diese verständlich und ergiebig, also volkstümlich sein." Dabei hat Brecht „Volkstümlichkeit" niemals als platte, dumme Anbiederei angesehen, dafür schätzte er das Urteil und das künstlerische Können der Werktätigen zu hoch ein. Im Gegenteil, er lernte von ihnen: „Die sogenannte Agit-Prop-Kunst, über die nicht die besten Nasen gerümpft wurden, war eine Fundgrube neuartiger künstlerischer Mittel und Ausdrucksarten. In ihr tauchten längst vergessene, großartige Elemente echt volkstümlicher Kunstepochen auf ... da gab es oft eine erstaunliche Eleganz und Prägnanz und einen unerschrockenen Blick für das Komplexe."

Und auch seine Beiträge einer realistischen Darstellung der Gesellschaft sind eng mit der Entwicklung des proletarischen, sozialistischen Realismus verbunden. Sie zeugen davon, daß Realismus keinesfalls von Einfallslosigkeit, Schematismus und Erstarrung der Formen geprägt ist, wie es die Bourgeoisie oft darstellen will. „Jeder, der nicht in formalen Vorurteilen befangen ist, weiß, daß die Wahrheit auf viele Arten verschwiegen werden kann und auf viele Arten gesagt werden muß. Daß man Empörung über unmenschliche Zustände auf vielerlei Arten erwecken kann, durch die direkte Schilderung in pathetischer und in sachlicher Weise, durch die Erzählung von Fabeln und Gleichnissen, in Witzen, mit Über- und Untertreibung." Aus diesen Gedanken Brechts können wir für die weitere Entfaltung unserer proletarischen Kultur lernen!

Bewahren wir das Andenken an Brecht in unseren Herzen. Seine Lieder, Gedichte und revolutionären Theaterstücke gehören der deutschen Arbeiterklasse. Der revolutionäre Mut, die kämpferische Begeisterung, die viele seiner Werke wecken, wird auch in Zukunft dazu beitragen, das Ziel zu erkämpfen, wovon auch Brecht träumte: ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

Ein Jahr danach

Interview mit dem Genossen Ernst Aust

RM: Genosse Ernst, am 5. Februar vor einem Jahr fand in Ludwigshafen die Abschlußkundgebung unseres III. Parteitages statt. Auf dieser Kundgebung wurden besonders herzlich die Delegationen unserer ausländischen Bruderparteien begrüßt. Wie siehst du die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung?

Genosse Ernst Aust: Auf dem Gebiet des proletarischen Internationalismus, der Vertiefung und Festigung der Beziehungen zwischen den marxistisch-leninistischen Bruderparteien, hat es im letzten Jahr bedeutende Erfolge gegeben. Die ideologisch-politische Grundlage hierfür hatte die richtungsweisende Rede gelegt, die der Genosse Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens hielt.

Die Feinde der Revolution und des Sozialismus fürchten nichts mehr als die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien, die Verstärkung und



Genosse Ernst Aust auf der Großen Öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML.

Vereinheitlichung ihres revolutionären Kampfes auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Es waren die Bernstein und Kautsky der II. Internationale, es waren die Chruschtschow-Revisionisten, die durch ihren Verrat an den Prinzipien des Marxismus, des Leninismus die kommunistische Weltbewegung spalteten, so wie es heute die Urheber der revisionistischen „Drei-Welten-Theorie" sind, die sich bemühen, ihnen nachzueifern.

Bekanntlich versuchen sie seit Jahren durch ihre antimarxistische Theorie von der Existenz mehrer kommunistischer Parteien in einem Land das Entstehen neuer kampfstarker marxistisch-leninistischer Parteien zu verhindern bzw. zu erschweren, versuchen sie durch ihre Theorie von der notwendigen Existenz zweier Linien, Strömungen oder Fraktionen in einer Partei, deren Entwicklung zu wahrhaft bolschewistischen Parteien zu sabotieren.

Dort, wo es ihnen — trotz jahrelanger Sabotage — nicht gelang, das Entstehen und die Festigung marxistisch-leninistischer Parteien zu verhindern, gingen sie — sobald diese ihrem revisionistischen „Drei-Welten-Konzept" nicht zu folgen bereit waren — zu offenen Provokationen, zu finanziellen Bestechungs- und Spaltungsversuchen, zur Gründung bzw. Förderung revisionistischer Spalterorganisationen über. Während sie Prinzipien bzw. Gepflogenheiten des proletarischen Internationalismus über Bord warfen, Bruderparteien von oben herab behandelten, überschlugen sie sich, um feudalen Potentaten und Reaktionären aller Schattierungen zu hofieren

Doch wird ihnen all das nichts nützen. Zwar konnten die Revisionisten die kommunistische Weltbewegung zeitweilig spalten, doch niemals konnten sie die große Sache der Revolution aus der Welt schaffen, niemals konnten sie verhindern, daß sich die wahrhaft revolutionären Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in kämpferischer Solidarität vereinen.

Bedeutende Schritte in diese Richtung waren die gemeinsame Erklärung der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, die internationalistischen Kundgebungen des letzten Jahres in Rom, Ludwigshafen, Athen und Lissabon sowie die gemeinsame Erklärung unserer fünf europäischen Bruderparteien, in der wir die gegenwärtige Lage in Europa und auf der Welt einer klassenmäßigen Analyse unterzogen, unsere revolutionäre Strategie entwickelten und die Lehre des Marxismus-Leninismus verteidigten.

Es ist unbedingt notwendig, jede Gelegenheit nutzend, den beschrittenen Weg weiterzugehen und gegen alle Spaltungs- und Sabotageversuche der modernen Revisionisten und aller Opportunisten das Wachsen, Erstarken, die Einheit und das gemeinsame Handeln der marxistisch-leninistischen Parteien zu fördern, um der Reaktion, dem Imperialismus, der aggressiven, expansionistischen, kriegshetzerischen Politik der beiden Supermächte, die einheitliche revolutionäre Strategie des Weltproletariats und der unterdrückten Völker entgegenzusetzen.

RM: Wie siehst du es, hat sich seit dem Parteitag die wirtschaftliche und politische Lage in der DBR verändert? Wie schätzt du die Entwicklung der Klassenkämpfe in Westdeutschland ein?

Genosse Ernst Aust: Die gegenwärtige, tiefe und allseitige Krise, die das ganze kapitalistisch-revisionistische Weltsystem erschüttert, wirkt sich auch auf Westdeutschland aus. Der alle Kontinente erfassende Prozeß der revolutionären Gärung ruft auch bei uns zunehmend sich verschärfende Widersprüche hervor.

Das konnten wir im letzten Jahr anschaulich erleben. Nicht nur, daß sich die Lebenslage der Werktätigen — wie von der kapitalistischen Schmidt-Genscher-Regierung seit Jahren versprochen — nicht verbesserte, sie verschlechterte sich noch. Über eine Million Arbeitslose sind zu einer Dauereinrichtung geworden, und es ist sicher, daß diese Zahl noch steigen wird. Viele, die noch vor Jahresfrist geglaubt hatten, diese Krise sei nur eine vorübergehende Erscheinung, es käme wie nach der 1966/67er Krise wieder zu einem konjunkturellen Aufschwung, sahen sich getäuscht. So wuchs die Unzufriedenheit, zumal die Kapitalisten alles taten, um die Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen.

Voller Schrecken erkannte die Bourgeoisie, wie dünn die Decke doch war, auf der sie stand. Um einer, wie sie es nannte, zunehmenden Radikalisierung der Arbeitslosen, aber auch derjenigen, die noch Arbeit hatten, zu begegnen, trat sie die Flucht nach vorn an. Die Entführung des Unternehmerbosses Schleyer zum Vorwand nehmend, trieb sie mit Hilfe ihrer gleichgeschalteten Massenmedien Funk, Fernsehen und Presse in einer Terror- und Einschüchterungskampagne gegen die Bevölkerung die Faschisierung voran.

Steigende Polizeiwillkür wie auch die Blutnacht von Stammheim sollten den Revolutionären, den unzufrieden werdenden Werktätigen signalisieren, was ihnen blüht, wenn sie nicht länger bereit sind, ihr Sklavendasein zu dulden. Nicht umsonst bezeichnet man heute die Bundesrepublik neben dem monarcho-faschistischen Spanien als den reaktionärsten Staat in Westeuropa.

Konnte die Bourgeoisie mit ihrer Terror- und Hetzkampagne, unterstützt von einer Welle der Verherrlichung bzw. Verharmlosung des Hitlerfaschismus, auch zeitweilig den offen auftretenden Faschisten-Auftrieb geben, das Kleinbürgertum verwirren, verängstigen und teils verhetzen, so war ihre Wirkung in der Arbeiterklasse selbst doch recht gering. Kein Arbeiter weinte dem dahingeschiedenen Unternehmerverbandsboß Schleyer auch nur eine Träne nach. Im Gegenteil, die Einschüchterungsversuche seitens der Bourgeoisie steigerten nur die — vorläufig noch stille — Wut der Arbeiterklasse.

Immer weniger gelingt es auch den Agenten der Bourgeoisie, den modernen Revisionisten, der Gewerkschaftsführung, die Arbeiter bei der Stange zu halten, sie zu betrügen. Das zeigte sich deutlich anläßlich des Hafenarbeiterstreiks, als die Kollegen die Losung der Partei „Nein zu 6,4%!" unterstützend, den ÖTV-Bonzen in einer Urabstimmung eine Abfuhr erteilten. Das zeigte sich auch in der hysterischen Reaktion, die die Aufsstellung revolutionärer Listen zu den diesjährigen Betriebsratswahlen, das Auftreten der RGO — wie beispielsweise bei BASF in Ludwigshafen — bei Konzernbossen und IG-Chemie-Bonzen hervorrief. Sicher werden sich die Klassenkämpfe in der kommenden Zeit weiter verschärfen.

RM: Im Zuge der Terrorkampagne der Bourgeoisie verabschiedete die CDU eine Entschließung, einen Verbotsantrag gegen unsere Partei beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Dieser Antrag wurde bisher nicht gestellt. Ist damit die Gefahr eines Verbotes vorerst gebannt?

Genosse Ernst Aust: Keineswegs. Es ist die Vertiefung der allseitigen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krise in der Bundesrepublik, es ist der gerechte, mutige und entschlossene Kampf unserer Partei gegen die kapitalistische Unterdrükkung und Ausbeutung, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, der die Bourgeoisie veranlaßt, ein Verbot unserer Partei zu erwägen. Das ist kein Zeichen ihrer Stärke, sondern ihrer zunehmenden Schwäche.

Da nun aber die Krise sich weiter verschärfen, die Fähigkeit der Partei, in die Klassenkämpfe führend einzugreifen, sich weiter verbessern wird, ist der Tag abzusehen, da sich die Bourgeoisie veranlaßt sieht, die Partei zu verbieten. Wann das sein wird, läßt sich nicht voraussagen. Das kann morgen, übermorgen oder auch erst in ein, zwei oder mehreren Jahren sein.

Auf keinen Fall darf man sich darauf verlassen, daß die Bourgeoisie, um uns zu verbieten, ihre eigenen Gesetze (Verbot der Partei nach einem Prozeß durch das Bundesverfassungsgericht) achten wird. Einen Grund à la Reichstagsbrand, Gleiwitz etc. findet man immer. Zur Not reicht ihnen auch „Gefahr im Verzug". D. h. die Partei muß jederzeit, täglich, stündlich darauf vorbereitet sein, die legalen Kampfformen mit den illegalen zu vertauschen. Sie muß nach der Leninschen Losung: so illegal wie nötig, so legal wie möglich, alle Kampfformen beherrschen lernen, vom parlamentarischen, außerparlamentarischen bis zum bewaffneten Kampf.

RM: Genosse Ernst, wie weit hat die Partei, die ihr im Rechenschaftsbericht des Parteitages gestellten nächsten Kampfaufgaben bereits erfüllt bzw. in Angriff genommen, wie weit hat sie sich gemäß ihrer Losung eng mit den Massen verbunden?

Genosse Ernst Aust: Geht man von der ersten Forderungen aus, umgehend die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu verbessern, insbesondere den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben, so kann man sagen, daß wir hier gute Erfolge zu verzeichnen haben. So hat die Ausrichtung im Sommer vergangenen Jahres zweifellos zu einer Verbesserung der Gewerkschafts- bzw. RGO-Arbeit geführt.

Die Herausgabe der RGO-Broschüre, die bei den Kollegen auf großes Interesse stieß, vor allem aber die Vorbereitungen zu den diesjährigen Betriebsratswahlen haben gezeigt, daß es die Genossen zunehmend lernen, ein hohes Maß von Flexibilität mit der notwendigen Prinzipienfestigkeit zu verbinden. Das örtliche Eingreifen der Partei in die Druckerstreiks, vor allem aber das Eingreifen in den Hafenarbeiterstreik in Hamburg und Bremen zeigte eine ständig tiefer werdende Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse.



Die Arbeiter und Angestellten der Klöckner-Hütte (Bremen) demonstrieren gegen Entlassungen und Rationalisierungen. Revolutionäre Arbeiter trugen dieses Transparent.

Hier zeigten sich die ersten Erfolge des beharrlichen Festhaltens der Partei an der Losung: Jeder Betrieb unsere Festung! Hier zeigte sich der Erfolg jahrelanger, unermüdlicher Kleinarbeit unserer Genossen im Betrieb. Aber das ist erst der Anfang. Das Wachsen der Krise, die Verschärfung der Klassenkämpfe, das spontane Interesse, das unsere RGO-Politik bei vielen Kollegen findet, machen in den kommenden Monaten große Anstrengungen erforderlich, um dieses Interesse, diese Bewegung, die sich in spontanen Äußerungen von Kollegen wie während des Hafenarbeiterstreiks ausdrückte: „Hier müßte eine kommunistische Gewerkschaft her", in die richtigen Bahnen, die der RGO, zu lenken. Das heißt: Die Organisierung der Kollegen auf der Basis der RGO voranzutreiben.

Auch die Jugendarbeit der Partei schreitet jetzt, nachdem die politischen und ideologischen Mängel, die falschen Ansichten über die Selbständigkeit der Jugendorganisation ausgeräumt wurden, zügig voran. Schon die Vorbereitungen des zentralen Jugendkongresses der Roten Garde rufen Aktivitäten und Begeisterung unter den jungen Genossen hervor. Endgültig werden die Reste sektiererischer Vorstellungen von einer Jugendpartei überwunden, wird die Rote Garde zu einer echten, mit dem Leben der Jugend tief verbundenen revolutionären Massenorganisation.

Doch nicht nur im Betrieb, an der Front des Kampfes gegen die sich ständig verschlechternde Lage der werktätigen Massen, beginnt das Eis zu brechen, die Angst vor der Arbeitslosigkeit, die man doch nicht verhindern kann, zu schwinden. Beginnen die Kollegen, wenn auch noch zögernd, in ihren Kämpfen der revolutionären Linie der Partei zu folgen. Auch an den vielen kleinen Nebenfronten dieses Kampfes lernen es die Genossen zunehmend, der spontanen Bewegung Ziel und Richtung zu verleihen.

Was die zweite Hauptfront des Klassenkampfes betrifft, die Front des Kampfes gegen die zunehmende Faschisierung und politische Unterdrükkung der Werktätigen, gegen den ständigen Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, die Front gegen Reaktion und Faschismus, so hat die Partei durch ihre Initiative des Kampftages zum 30. Januar den ersten Schritt zu ihrer Organisierung getan. Worauf es jetzt ankommt, ist, all die verschiedenen Initiativen gegen das offene Auftreten der Faschisten, gegen Polizeiwillkür und -morde, gegen Berufsverbote und politische Entlassungen usw. in die eine Richtung, die eine Front, die gegen Reaktion und Faschismus zu führen. Sie zu vereinen auf der Grundlage eines Aktionsprogramms.

Natürlich gibt es in der Parteiarbeit auch noch Schwächen. So ist z. B. die Arbeit unter der Landbevölkerung, den werktätigen Bauern, wie auch unter den Frauen im letzten Jahr nicht richtig vorangekommen. Auch darf es uns nicht passieren, daß wir über den Kampf an den Fronten gegen die Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen, gegen Reaktion und Faschismus, die Front, den Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der zwei Supermächte und für die nationale Einheit vergessen. Gibt es denn keine Militarisierung, keinen Manöverterror mehr? Ist die Bevölkerung, dort, wo sie stationiert sind, nicht gegen die Besatzungstruppen? Auch die Schaffung einer revolutionären Kulturkampffront steht auf der Tagesordnung. Die Grundlage und die Kräfte hierfür sind vorhanden.

Insgesamt können wir zufrieden sein mit den Erfolgen, der Entwicklung der Partei seit dem III. Parteitag. Wir haben die richtige politische Linie. Doch ob wir siegen werden, hängt einzig und allein von unserer Arbeit ab, davon, wie wir es verstehen, den Kampf um die Durchführung der Parteilinie zu organisieren. Große Kämpfe kommen auf uns zu. Verleihen wir ihnen Klarheit und Richtung. Führen wir sie auf den revolutionären Weg zur Errichtung des Ziels, des vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands!

Aus aller Welt

Tunesien: Faschistischer Terror gegen die Arbeiter

Wie jetzt bekannt wurde, sind nicht 40 — wie das tunesische Regime behauptete — sondern 130 Arbeiter von den bewaffneten Organen des Regimes ermordet worden. Während eines eintägigen Generalstreiks für Lohnerhöhungen hatten sie das Feuer auf demonstrierende Werktätige eröffnet. Nach diesem faschistischen Massaker geht jetzt eine neue Terrorwelle durch das Land. Allein in der Hauptstadt Tunis wurden 970 Arbeiter verhaftet. Hundert sind schon von den Gerichten des Regimes abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen worden.

Mit diesem brutalen Terror will das Regime die Kämpfe der Arbeiter unterdrücken und die Profite der in- und ausländischen Kapitalisten sichern.

Sahara: Neuer französischer Luftangriff

Ende Januar ist wieder eine Einheit der Patrioten der Westsahara von französischen Militärverbänden bombardiert worden. Zum ersten Mal unternahmen die französischen Imperialisten ihre Terrorangriffe gemeinsam mit Einheiten der marokkanischen Luftwaffe. Bereits im letzten Jahr hatten die in verschiedenen afrikanischen Ländern stationierten französischen Jaguar-Bomber wiederhölt Partisanen und die Zivilbevölkerung bombardiert. Sie flogen dabei auch Napalm-Angriffe, bei denen viele Menschen den Tod fanden.

Diese verbrecherischen Aktionen zeigen, daß der französische Imperialismus nicht bereit ist, sich freiwillig aus Afrika zurückzuziehen. Nach wie vor ist er an der Ausplünderung der Reichtümer dieses Kontinents beteiligt. Und nach wie vor ist er bereit, seine imperialistischen Profite durch den grausamen Massenmord an der Bevölkerung zu verteidigen.

Spanien: Regierung gegen Amnestie

Das spanische Regime hat in der letzten Woche einen Beschluß bekanntgegeben, daß künftig politische Gefangene nicht mehr amnestiert werden. Aufgrund der mächtigen Bewegung der Volksmassen für eine Amnestie, hatte sich das Regime in den vergangenen Jahren gezwungen gesehen, einer Reihe von gefangenen Revolutionären, darunter auch Mitgliedern der PCE/ML, die Freiheit zu geben. Es handelte sich dabei zum größten Teil um Genossen, die noch zu Lebzeiten Francos wegen ihrer revolutionären Tätigkeit zu langjährigen, oft lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt worden waren.

Das neue Regime hatte die Amnestie stets als demagogisches Manöver benutzt, um seinen angeblich demokratischen Charakter herauszustreichen. Die Tatsache, daß jetzt wegen „des Anstiegs politischer Gewalttaten" die Amnestie gestoppt wird, zeigt, daß das neue Regime die Terrorherrschaft Francos fortsetzt. Aber auch der Beschluß des Regimes wird die Forderung der Völker Spaniens nach einer totalen Amnestie für die politischen Gefangenen nicht zum Schweigen bringen und ihren Kampf nicht ersticken können.

Nicaragua: Massenkämpfe gegen die Diktatur

Die Kämpfe der werktätigen Massen gegen den Diktator Somoza, eine Marionette der US-Monopole, haben sich weiter verschärft. Unmittelbarer Anlaß war die Ermordung eines oppositionellen Politikers durch Schergen des Regimes gewesen. Daraufhin sind die Arbeiter der Hauptstadt Managua in einen Generalstreik getreten, der sich bis jetzt über das ganze Land ausgebreitet hat. Dem Streik haben sich auch die kleinen Händler in den Städten angeschlossen sowie die Studenten, die vor der Universität Barrikaden errichteten. Somoza hat den Notstand ausgerufen und Soldaten der Nationalgarde gegen die streikenden Arbeiter geschickt. Mit Waffengewalt sollen sie gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Viele Arbeiter sind dabei ermordet worden. Aber trotz Armeeterror und Verhaftungswellen schwillt die Massenbewegung gegen das reaktionäre Regime immer weiter an.

Kolumbien: Erfolge im bewaffneten Kampf

In der letzten Zeit haben die kolumbianischen Patrioten den Kampf gegen das verhaßte Regime in Bogota verstärkt. So gelang es der Volksbefreiungsarmee, einige Dörfer bei Cordoba und Antioquia zu befreien. In diesen Dörfern wurden patriotische Räte gegründet. In einem Dorf im Westen des Landes griffen die Patrioten einen Polizeiposten an und töteten mehrere Feinde. Auch bei einer Reihe anderer bewaffneter Angriffe wurden Soldaten und Polizisten des Regimes getötet und konnten beträchtliche Mengen an Waffen und Munition erbeutet werden.

Todestag des Genossen Ghassemi

Am 13. Februar 1974 ist Genosse Ghassemi, den die Delegierten des I. Parteitags der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran posthum zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt haben, im Exil gestorben.

Genosse Ghassemi wurde 1941, kurz nach ihrer Gründung, Mitglied der Toudeh-Partei, der damaligen kommunistischen Vorhutpartei der iranischen Arbeiterklasse. Wegen seines konsequenten Kampfes wurde er von dem faschistischen Schah-Regime verfolgt und zweimal ins Gefängnis geworfen. 1948 wurde er, nach dem Verbot der Toudeh-Partei, zu zehn Jahren Kerkerhaft verurteilt. Im Dezember 1950 gelang es ihm jedoch, aus dem Gefängnis zu entfliehen.

Genosse Ghassemi stand an der Spitze der Marxisten-Leninisten und wahrhaften Revolutionäre im Kampf gegen die modernen Revisionisten im Iran. Als die Toudeh-Partei im Sumpf des Revisionismus versank, trennte er sich von ihr und gründete, gemeinsam mit anderen Genossen, die Marxistisch-Leninistische Organisation des Iran, „Toufahn". Sein großes Ziel war die Reorganisierung der kommunistischen Partei, der Partei der Arbeiterklasse, ohne die die Revolution im Iran nicht siegen kann. Genosse Ghassemi hat die Gründung der Partei nicht mehr erlebt. Aber in den Herzen der iranischen Marxisten-Leninisten lebt sein Andenken fort. Sie ehrten ihn, indem sie ihn posthum zum Ehrenvorsitzenden der neuen Partei wählten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE	
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



US-Bergarbeiter

Militante Streikkämpfe

Fünf Revolverschüsse trafen den amerikanischen Bergarbeiter Mack Lewis. Tödlich verwundet, brach er zusammen. Das Feuer kam aus den Waffen von Banditen, die von den amerikanischen Kohle-Bossen angeheuert worden waren, um mit Mord und Totschlag den Streik der Bergarbeiter zu brechen. Ein anderer Kumpel wurde von diesen Gangstern vor einen fahrenden Lastwagen geworfen. Vier Tote allein seit Beginn des Jahres, unzählige Verletzte, das ist die blutige Bilanz des faschistischen Terrors, mit dem die US-Monopole, die seit dem 6. Dezember im Streik stehenden 160.000 Bergarbeiter niederzwingen wollen.

Aber die Kumpels in den Zechen von Tennessee, Kentucky und Ohio haben gerade in den letzten Monaten immer wieder ihre hohe Kampfbereitschaft unter Beweis gestellt. Da ist z. B. die Justus-Zeche in Stearns/Kentucky. Seit 18 Monaten stehen die Arbeiter hier im Streik. Wegen der katastrophalen Arbeitsbedingungen haben sie sich geweigert, einzufahren und die Einrichtung einer Sicherheitskommission unter der Beteiligung erfahrener Kumpel gefordert. Außerdem fordern sie das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Bonzen der Bergarbeitergewerkschaft (UMW) zu bekommen. Bei diesen Kämpfen ging es in erster Linie um die medizinische Versorgung und um die Renten der Kumpel.

Sie, die in dem reichsten kapitalistischen Land unter mörderischen Bedingungen für die Profite der Monopolherren schuften müssen, sind weder kranken- noch altersversichert. Die Kohlenbarone haben mit den UMW-Bonzen einen Pakt ausgehandelt, nach dem die Konzerne für die gewerkschaftlich organisierten Kumpel Beiträge in einen Gesundheits- und einen Rentenfonds einzahlen, aus dem die Arbeiter versorgt werden. So sind sie bei der sozialen Unterstützung auf Gedeih und Verderb von den Konzernherren abhängig. Was das bedeutet, zeigte sich drastisch im letzten Sommer. Mit einem Federstrich kürzten die Konzerne die medizinische Versorgung um die Hälfte. Das bedeutet, daß für die andere Hälfte der Krankenhaus- und Arztkosten die Arbeiter selbst aufkommen müssen.



Revolvermänner der Stearns Mining Company gehen schwer bewaffnet und geschützt von Barrikaden gegen die Kumpels vor, die sich in Gräben verschanzt haben, um die Streiklinie zu schützen.

Der Blue-Diamond-Konzern, Besitzer der Zeche, versuchte von Anfang an, den Streik im Blut zu erstikken. Schwerbewaffnete Revolvermänner zogen vor den Toren auf, Barrikaden aus Sandsäcken wurden errichtet, ein Maschinengewehr herangeschafft, Ende letzten Jahres noch ein zweites. Doch die Bergarbeiter von Stearns gaben nicht auf. Ihre Streikposten hoben gegenüber den Stellungen der Banditen Schützengräben aus, und über Monate hinweg entwickelten sich vor der Justus-Zeche Feuergefechte.

Der Versuch der Blue-Diamond-Herren, mit Revolvern und Maschinengewehren den Streikbruch zu organisieren, war gescheitert. Daraufhin ließen die Kapitalisten von den gekauften Richtern der Klassenjustiz ein Gesetz verabschieden, das die Zahl der Streikposten auf sechs beschränkt. Mit sechs Posten aber wäre die Wiederaufnahme der Arbeit in der Zeche durch Streikbrecher nicht mehr zu verhindern gewesen. Die Bergarbeiter dachten nicht daran, sich zurückzuziehen. Für die Blue-Diamond-Herren war dieses Gesetz die Grundlage, neben ihren Banditen auch noch bewaffnete Einheiten der Staatspolizei gegen die Streikenden einzusetzen. Bei einem solchen Überfall im letzten Oktober wurden 78 Arbeiter verhaftet und gefesselt abgeführt. Elf von ihnen sind heute noch immer eingekerkert, auf die Gefängnisse des ganzen Staates verteilt.

Den Streik jedoch konnten die Konzernherren und ihre Staatsorgane nicht brechen. „Wir können noch ein Jahr warten", sagte zu Beginn des Winters die Frau eines Bergarbeiters, „aber eins ist sicher: solange wir streiken, kriegen sie kein einziges Stück Kohle aus der Zeche heraus." In all den Monaten wuchs die Solidarität mit den streikenden Arbeitern von Stearns. Es wuchsen auch die Kämpfe der Arbeiter in den anderen Zechen des Landes. Im Sommer ging eine breite Welle von selbständigen Streiks durch die Kohlereviere. 80.000 waren es, die wochenlang kämpften, ohne auch nur einen Pfennig Streikgeld von den reaktionären

Gegen diesen unverschämten Angriff setzen sich die Bergarbeiter mit ihren selbständig geführten Streikkämpfen zur Wehr. Die Kumpel selbst organisierten die Streikposten, und sie schickten Delegierte zu den Zechen, die noch nicht vom Kampf erfaßt waren. So setzte sich etwa aus dem östlichen Ohio eine Autokarawane nach Ost-Kentucky in Bewegung, um überall auf dem Weg die Schließung der Zechen zu organisieren. Dabei wurde auch eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt, um zu verhindern, daß über sie Streikbrecher-Kohle abtransportiert würde.

Die reaktionären Führer der UMW unternahmen alles, um diese machtvollen Streikkämpfe zu zerschlagen. Genauso wie die Kohlenbarone, mieteten auch sie Revolvermänner an. Bei Cabin Creek in West-Virginia hetzten sie eine solche bewaffnete Bande gegen Streikposten, die eine Straße blockiert hatten. Aber die Arbeiter setzten sich mit ihren Waffen zur Wehr und lieferten den Banditen ein Feuergefecht. Obwohl die Staatspolizei eingriff und die Arbeiter entwaffnete, wurden die gekauften Banditen in die Flucht geschlagen.

Die selbständigen Streikkämpfe nahmen einen solchen Umfang an, daß sich UMW-Boß Miller schließlich gezwungen sah, für den 6. Dezember einen landesweiten Streik der Gewerkschaft auszurufen. Die Kohlekonzerne stellten daraufhin sofort alle Zahlungen aus dem Gesundheits- und Rentenfonds ein. Denn nach dem hinterhältigen Abkommen, daß sie mit den UMW-Bonzen geschlossen haben, sind diese Zahlungen an die Kohleproduktion gekoppelt. Das bedeutet: Wird nicht gefördert, wird auch nicht gezahlt. So stehen jetzt 850.000 Menschen, die streikenden Kumpel und ihre Familien, ohne einen Pfennig Unterstützung für die medizinische Versorgung da, bekommen 81.000 ehemalige Bergarbeiter ihre Renten nicht ausgezahlt.

Aber auch dieser Angriff auf die Existenz der Bergarbeiter konnte ihre Kampfkraft nicht brechen. Im Gegenteil: Jetzt, nach zwei Monaten, steht die Streikfront fester denn je. Viele unorganisierte Kumpel haben sich dem Kampf angeschlossen, und die Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und den Staatsorganen werden immer militanter. Im Staat Indiana z. B. ging ein ganzes Dock, auf dem noch Kohle verladen wurde, in Flammen auf.

Und die Führer der UMW? Sie stehen in Verhandlungen mit den Konzernherren. Aber nicht etwa um die Forderungen der Bergarbeiter durchzusetzen. Nein, wie berichtet wurde, haben sie schon einem Abkommen zugestimmt, daß nichts weiter ist als ein gemeinsamer Pakt zur Unterdrückung der Arbeiterkämpfe. Man muß sich nur einmal die Bestandteile dieses Pakts ansehen: Danach sollen örtliche Streiks für verboten erklärt werden. Solche Arbeiter, die vor fremden Betrieben Streikposten stehen, ein sehr wichtiges Kampfmittel bei der Entfaltung selbständiger Streiks, sollen sofort entlassen werden. Und was die medizinische Versorgung betrifft: Die Kumpel sollen die ersten hundert Dollar, die jeweils an Kosten für die Behandlung anfallen, selbst bezahlen.

So wollen sich die Herren durch verschärfte Unterdrückung ihre Ruhe in den Betrieben verschaffen, wollen sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Carters Energieprogramm, die Kohleförderung bis 1985 zu verdoppeln, auf dem Rücken der Bergarbeiter durchgesetzt werden kann. Die Kumpel jedoch werden diesen Pakt nicht kampflos hinnehmen. Die Kämpfe der letzten Monate, in denen sie nicht nur den Kohleherren und ihren gemieteten Banditen, sondern auch dem Staatsapparat und den reaktionären Gewerkschaftsführern entgegenstanden, haben ihnen ihre Stärke gezeigt. Sie haben aber auch deutlich gemacht, daß es notwendig ist, von der Auslösung selbständiger Kämpfe weiterzugehen zu einer revolutionären Organisierung dieser Kämpfe.



Ein inhaftierter Kumpel

Die großen Streikkämpfe der Bergarbeiter, die Militanz, mit der sie geführt werden; die Streiks der amerikanischen Docker, der Stahl- und Landarbeiter usw., an denen im vergangenen Jahr mehr als zwei Millionen Arbeiter beteiligt waren, all das macht deutlich, daß in den Vereinigten Staaten die Arbeiterklasse eine gewaltige revolutionäre Kraft ist, die trotz der ansteigenden Arbeitslosigkeit und trotz der zunehmenden Faschisierung nicht stillhält, sondern immer größere machtvolle Kämpfe führt.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

In dieser Ausgabe bringen wir den vierten und letzten Auszug aus dem Bericht „Für Spaniens Freiheit". Die vollständige Reportage über den Besuch einer Genossin bei unserer spanischen Bruderpartei wird demnächst, reichlich bebildert, als Taschenbuch erscheinen.

Reportage (Teil 4)

Für Spaniens Freiheit!

Am frühen Nachmittag erreichen wir die Stadt Valencia. Der Genosse hat lange hier gearbeitet und freut sich auf die Rückkehr. Er wird in den nächsten Wochen vollständig mit der Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen beschäftigt sein. In Valencia treffe ich mit anderen Genossen zusammen. Sie freuen sich sehr, daß wir im „Roten Morgen" über ihren Kampf berichten wollen. Wir gehen in ein Lokal und trinken gemeinsam Kaffee. Der Genosse J. verabschiedet sich von mir. „So, jetzt werden wir uns wohl nicht mehr sehen. Viele Grüße an die Genossen in Deutschland." Wir anderen gehen zu einem Auto, dem einzigen, das die Partei im Land Valencia hat.

Wir fahren in die Hafengegend, zu einem Haus, das Sympathisanten der Partei zur Verfügung gestellt haben. In dem Raum, den wir betreten, bilden ein großer Tisch und viele Stühle mit geflochtenen Sitzen das einzige Mobilar. Die Wände sind bis zur halben Höhe mit weiß-grün-blauen Kacheln bedeckt, wie es für diese Gegend typisch ist. Die Genossen begrüßen mich im Namen der Parteileitung des Landes und der Stadt. Wir besprechen, worüber ich gerne noch Informationen hätte und machen



Ein Transparent der FRAP auf der Massendemonstration in Valencia

einen Zeitplan. Mich interessiert die Arbeit der Jugend- und der Frauenorganisation, auch über den Kampf der Bauern und Tagelöhner; über die große Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht des Volks von Valencia möchte ich mehr erfahren.

Vor wenigen Wochen war die Stärke dieser Bewegung in einer Massendemonstration zum Ausdruck gekommen, an der sich 600.000 Menschen beteiligt hatten. Gut 5.000 konnte die Partei mobilisieren. Im Gegensatz zu der Forderung vieler kleinbürgerlicher Kräfte nach Autonomie tritt die PCE/ML ein für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker in einem spanischen Staat. Die Genossen zeigen mir Fotos von der Demonstration. Voller Stolz weisen sie auf die vielen republikanischen Flaggen, die Fahnen der Partei und der FRAP, die in diesem Zug, vor allem an der Spitze mitgetragen wurden.

Auch heute, trotz der angeblichen Liberalisierung, muß das Volk für seine Rechte einen harten und entschlossenen Kampf gegen die faschistische Monarchie führen. Eine Genossin berichtet mir, daß seit einigen Monaten in der Innenstadt von Valencia Sonntag für Sonntag Volkslieder und Tänze aufgeführt werden. Anfangs ist die Polizei mit Waffengewalt gegen die Sänger und Tänzer vorgegangen. Sie haben sich jedoch nicht zur. Aufgabe zwingen lassen. Jede Woche ist die Unterstützung der Werktätigen stärker geworden, und schließlich haben es die Büttel des Regimes nicht mehr gewagt, einzugreifen.

Seit 1975 gibt es eine starke Bewegung des Volkes für die Pflege der valenzianischen Sprache und Kultur. Einen Höhepunkt erreichte diese Bewegung mit der erwähnten Demonstration vom 9. Oktober. Die bürgerlichen Kräfte, die daran teilnahmen, hatten die Losung „Autonomie für Valencia" ausgegeben. Diese Forderung drückt die Interessen der Bourgeoisie aus, die viele Nationen schaffen, die spanische Arbeiterklasse spalten und selbst erstarken will. Ein eigener Staat Valencia soll entstehen, natürlich ein bürgerlicher Staat, der sich in nichts unterscheidet von dem jetzigen Unterdrückerstaat.

Die Partei, die FRAP und die Republikanische Konvention setzen dieser reaktionären Parole die Losung der Selbstbestimmung entgegen. Das bedeutet: allein das Volk entscheidet durch seinen Kampf über sein Schicksal. Und in bezug auf das Verhältnis zum spanischen Staat sagen die Genossen, daß der einzig richtige Weg der Kampf für die Föderative Volksrepublik ist, in der die Völker Spaniens mit allen Rechten in einem einheitlichen spanischen Staat leben. Klar, daß die Faschisten und alle bürgerlichen Kräfte diesen Weg wütend bekämpfen, denn für sie ist es der Weg in den Untergang.

Der Kampf der spanischen Frauen

Ich wohne bei einer Genossin, die in der Frauenorganisation (UPM) arbeitet. Mit großer Herzlichkeit begrüßt sie mich. Bald schon sind wir in ein Gespräch über die Lage der spanischen Frauen vertieft. Ich erfahre, daß nur 10% der verheirateten Frauen arbeiten gehen. Von den Fabriken werden sie nicht gerne eingestellt. Wenn sie ein Kind bekommen, werden sie häufig mit einer Abfindung vor die Tür gesetzt. Oft bleibt ihnen auch nichts anderes übrig, als zu Hause zu bleiben. Denn es gibt für ganz wenige Kindergartenplätze. Einige Frauen, besonders die Textilarbeiterinnen, aber auch die Schuhnäherinnen haben das „Glück", eine Heimarbeit zu bekommen. Das bedeutet für sie dann eine Bezahlung, die oft weit unter dem Tariflohn liegt.

Bei dem großen Streik in der Schuhindustrie von Elche z. B. leisteten die Genossinnen der UPM einen wichtigen Beitrag zur Einheit der Arbeiter. Sie haben die schwere Aufgabe übernommen, die Heimarbeiterinnen zur Solidarität mit den Streikenden zu bewegen. Und es war nicht so leicht, sie zu überzeugen.

„Wir haben sie alle zu Hause besucht, und es ist uns gelungen, sie jeden Monat einmal zu versammeln. Solche Versammlungen sind wichtig für die Heimarbeiterinnen, weil sie sich sonst ja überhaupt nie treffen und keine Möglichkeiten haben, über ihre Forderungen zu sprechen und ihren Kampf zu vereinheitlichen. Aber unsere Arbeit hat sich gelohnt."

„Einen anderen erfolgreichen Kampf haben wir in einer Keramikfabrik hier in Valencia geführt. 300 Kolleginnen arbeiten hier. Und schon seit zwei Jahren kämpfen sie für einen Betriebskindergarten. Lange Zeit hat sich da nicht so viel getan. Aber in den letzten Monaten ging alles ganz schnell. Die Arbeiterinnen durften keine Überstunden mehr machen und hatten deshalb erheblich weniger Geld. Immer schwieriger wurde es für sie, den teuren privaten Kindergarten zu bezahlen. Trotz der Angst vor Entlassung haben sie ihren Kampf im Betrieb verstärkt und sich schließlich durchgesetzt. Jetzt hat der Betrieb seinen Kindergarten."

„Die Jugend ist sehr kämpferisch"

Etwas später treffe ich mich mit zwei Genossen vom Jugendverband. Einer der beiden war 1975 im Alter von 19 Jahren in einem Militärprozeß zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Erst vor kurzem ist er durch die Amnestie freigekommen. Als ich ihn nach dem Prozeß und der Haftzeit frage, ist ihm das offensichtlich unangenehm. Er möchte nicht über sich reden.

„Weißt du", sagt er, „über die Gefängnisse können dir andere Genossen erzählen. Jetzt ist es wichtiger, über die Jugend zu sprechen."

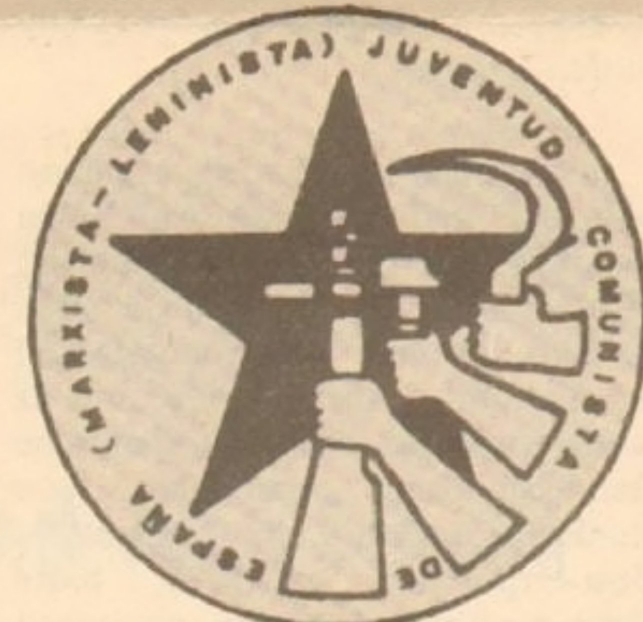
Also beginnen sie. Wie in der Bundesrepublik, so ist auch in Spanien die Arbeitslosigkeit ein erstrangiges Problem für die Jugendlichen. Die Kapitalisten nutzen diese Not schamlos aus. Allein in Valencia lassen sie 20.000 Jugendliche für 25 Peseten in der Stunde arbeiten, das sind etwa 75 Pfennig. Für diese paar Groschen müssen sie die gleiche Arbeit leisten wie ihre älteren Kollegen. Sie haben weder einen Arbeitsvertrag noch sind sie sozialversichert. Aber auch diejenigen, die mit einem Vertrag zu „normalen" Bedingungen eingestellt sind, bekommen nur die Hälfte vom Lohn des erwachsenen Arbeiters, die Mädchen davon wiederum nur 2/3. Billige Arbeitskräfte wollen die Kapitalisten natürlich gerne haben.

Aber die Jugend ist sehr kämpferisch. Und deshalb zögern auch die Unternehmer bei der Einstellung von Jugendlichen. 1973 hat es z. B. in Valencia einen Streik der Textilarbeiterinnen gegeben, bei dem die jungen Mädchen die wichtigste Rolle gespielt haben. Die Fabrik, die 100 Frauen beschäftigte, sollte geschlossen werden. Durch den Streik und eine breite Solidaritätsbewegung, die von den Mädchen organisiert wurde, konnte erreicht werden, daß 50 Frauen in einen anderen Betrieb übernommen wurden.



Junge Genossen malen eine Parole. 1. Mai 1975.

Als sich der Streik in der Schuhindustrie von Elche entwickelte, waren die Genossen vom Jugendverband natürlich auch dabei. Sie haben Kampfgruppen gebildet, um die Streikenden vor der Guardia Civil zu schützen. Sie haben Flugblätter verteilt, Geld gesammelt und Streikposten gestanden. Die Lehrlinge in der Schuhindustrie sind auf den Aufruf der JCE/ML hin in ihrer Arbeitskleidung nach Alicante gefahren und haben dort am hellen Tag Streikparolen gemalt. In allen Kämpfen haben die Genossen die Erfahrung gemacht, daß die Jugend stets in der ersten Reihe steht.



Das Zeichen des JCE/ML

Ehe ich nach Hause fahre, treffe ich noch einmal die Genossen in Madrid. Diesmal habe ich den Zug genommen. In einer fünfstündigen Fahrt bringt er mich durch Berglandschaften, Nadelwälder, Olivenhaine, endlose Flächen mit rotgefärbten Rebstöcken und weite vertrocknete Ebenen zurück in die Hauptstadt.

Abschied von den Genossen

Es ist schon am Abend, als ich in einem Stadtteil, der mir inzwischen vertraut ist, die Genossen treffe. Sie wollen mir noch Material mitgeben, Bücher, Zeitungen, Flugblätter. Wir gehen ein paar hundert Meter zusammen.

„Wie hat es dir in Valencia gefallen?"

Begeistert berichte ich über meine Erlebnisse. Die allerneueste Ausgabe der „Vanguardia Obrera" habe ich auch dabei und die Fotos von dem großen Marsch für das Selbstbestimmungsrecht, die die Madrider Genossen noch nicht kennen.

Der nächste Tag ist dann mein letzter bei den spanischen Genossen. In einem der kleinen Restaurants, in denen sich die Werktätigen der Hauptstadt treffen, wollen wir Abschied feiern. Von der durch die grelle Herbstsonne noch erwärmten Straße treten wir in einen kühlen dunklen Raum. Zu dieser Stunde sind die Lokale noch leer in Madrid, und so sind wir hier die einzigen Gäste.

Als wir unseren Wein trinken, fragen die Genossen, wie es mir gefallen hat in ihrem Land. Sie freuen sich sehr darüber, daß ich so begeistert bin von meinem Aufenthalt. Das Gespräch kommt auf Deutschland, sie möchten mehr über die Kämpfe unserer Partei erfahren. Die Entwicklung in der Bundesrepbulik, die zunehmende Faschisierung betrachten die spanischen Genossen mit großer Sorge.

Nach dem Essen wendet sich Genosse F. noch einmal „offiziell" an mich. Im Namen des Komitees von Madrid verabschiedet er sich von mir und trägt mir revolutionäre Grüße für die Genossen der deutschen Bruderpartei auf. Als Erinnerung an meinen Besuch in Spanien schenken mir die Genossen eine Figur von Sancho Pansa, dem Diener Don Quichotes. Wir holen mein Gepäck und fahren zum Flughafen. Seit meiner Ankunft ist das Polizeiaufgebot hier noch verstärkt worden. Alles wimmelt von Grauen. Ich verabschiede mich von den Genossen, sie winken mir noch nach, bis ich in den Gängen, die zu den Kontrollstellen führen, verschwunden bin.



Auf der Massendemonstration der 600.000 für das Selbstbestimmungsrecht in Valencia: Vorneweg die Fahnen der PCE/ML und der FRAP

Eine Massenhysterie sollte geschürt werden

Heute vergiften sie Apfelsinen...

„Terroristen vergiften Apfelsinen". Diese Schlagzeile prangte in der letzten Woche auf dem Titel von Springers Dreckschleuder „Bild". Wahrhaftig, man kann es sich bildlich vorstellen, welche Freude die kleinen Quecksilberkügelchen in den Redaktionsstuben von „Bild" und Co. ausgelöst haben müssen. Endlich etwas Handfestes! Hatte man doch monatelang in aller Eindringlichkeit die Gefahren beschworen, die der Menschheit durch den Terrorismus drohen.

Gewiß, etwas Konkretes hatte man ja nicht an der Hand gehabt. Aber wer von Springer oder Bertelsmann sein Gehalt bezieht, ist da nicht zimperlich. So wurden dann in allen Einzelheiten Raketenanschläge auf startende Lufthansamaschinen geschildert. Die hatte es zwar nicht gegeben. Aber es würde sie geben, das war so sicher wie das Amen in der Kirche. Gab es doch die Erklärung eines „revolutionären Kommandos", das dankenswerterweise schon im voraus die „Verantwortung übernommen" und auch gleich noch ein Ultimatum gestellt hatte. Als dann nichts passierte, die Boeings der Lufthansa weiter unbehelligt starteten und landeten, ließ man die Sache in der Versenkung verschwinden. Man ist ja nicht zimperlich, wie gesagt.

Und schließlich droht ja der Terrorismus nicht nur aus der Luft, sondern auch zu Lande. Da kam die Sache mit den Apfelsinen gerade recht. Mit der Lufthansa fliegen nur wenige, aber Apfelsinen essen viele. Auch hier war wieder ein Kommando zur Hand, das sich verantwortlich für den Anschlag erklärte. Diesmal ein palästinensisches. Gewiß, die PLO hatte kategorisch erklärt, daß dieses merkwürdige Attentat nicht das Geringste mit der palästinensischen Sache zu tun hat. Aber was schert das die Herren in den Redaktionen der bürgerlichen Lügenpresse. „Bild" zum Beispiel stieg ganz groß ein. Weil es ja um Apfelsinen ging, konnte man die Masche mit den Kindermördern abziehen. Und in Tel Aviv stimmte Ministerpräsident Begin persönlich darauf an: Mit Apfelsinen-Vergiftern und Kindermördern müßte man eben kurzen Prozeß machen. Er hat das schließlich schon immer gesagt. Wen er damit meinte? Das palästinensische Volk und seine bewaffneten Kräfte.

Der Mann weiß übrigens sehr gut, wie Kindern zumute ist. Er hat schließlich die Terrorgruppe „Irgun" befehligt, die 1948 das palästinensische Dorf Deir Yassin überfiel, als die Männer gerade bei der Feldarbeit waren. Alle, die noch im Dorf waren, Frauen, Kinder und die Alten, wurden von der „Irgun" an die Wand gestellt und erschossen.

Darüber jedoch schweigt man sich in der Bonner Presse diskret aus, ebenso wie über die unzähligen Kinder in den libanesischen Flüchtlingslagern, die von israelischen Bomben zerrissen und verstümmelt wurden. Worüber jedoch nicht mehr geschwiegen werden konnte, war etwas anderes: Die so nachdrücklich geschürte Apfelsinen-Hysterie wuchs sich aus zu einer ernsthaften Gefährdung des israelischen Früchte-Exports. Und das war ein wirkliches Dilemma. Denn jeder genüßlich ausgewalzte Bericht über einen ausgepumpten Magen, jede dramatische Meldung über die Todesgefahr, in der die Kleinkinder schwebten, ging direkt ins Geld.

Jetzt gab das israelische Außenministerium präzise an, es wären nur zwei Beutel Orangen in Antwerpen mit Quecksilber gespritzt worden, so präzise, als seien die Herren selbst dabei gewesen. In Westdeutschland meldeten sich sofort medizinische Experten zu Wort, die sich dahingehend erklärten, daß Quecksilber vom menschlichen Darm nicht aufgenommen würde und daher absolut unschädlich sei. Die „Bild"-Zeitung leistete ihren Beitrag mit folgender positiver Meldung von der Orangenfront: „Trotz des Apfelsinen-Terrors kurbelte Edeka das Jaffa-Geschäft durch große Werbeaktionen mit Rudi Carrell an." Wahrscheinlich hatten die Herren einen großen Posten billig kaufen können.

Inzwischen wurde auch verschämt gemeldet, daß spanische Apfelsinen ebenfalls mit Quecksilber gespritzt wurden. Das paßt natürlich gar nicht ins Bild von dem „palästinensischen Kommando". Aber man mußte es schon erwähnen. Denn der spanische Handelsminister persönlich, von blanker Angst um die Profite der Obst-Exporteure getrieben, hatte gleich die Entsendung von spanischen Inspekteuren nach Westdeutschland angekündigt. So wird die Sache mit den Apfelsinen ebenso enden wie die mit den Raketenanschlägen auf Lufthansamaschinen. Man läßt die Angelegenheit unter den Tisch fallen. Aber ab und zu, bei passender Gelegenheit wird man wieder daran erinnern, daß die Terroristen Giftmischer und Kindermörder sind. Das habe ja schließlich der „Apfelsinen-Terror" bewiesen.

Vorsicht Spitzel!

„Vorsicht Spitzel!" warnt ein Plakat des Kommunistischen Studentenbundes/Marxisten-Leninisten die Studenten an der Technischen Hochschule in Darmstadt. Und damit die Studenten auch wußten, wer gemeint war, war auf dem Plakat auch ein Bild dieses Typen abgedruckt.

Laut Studentenwerk und AStA hat der Spitzel die Aufgabe, die Fixer von der Mensa fernzuhalten. Auffällig aber ist, daß der Typ ein starkes Interesse für linke Büchertische entwickelt und in einem Fall sogar den Ausweis einer Studentin kontrollieren wollte, die er vorher an einem Büchertisch beobachtet hatte. Die Haschszene aber blüht und gedeiht weiter...



„Spitzel statt Schnitzel" — Für gutes Mensaessen hat das Studentenwerk Darmstadt kein Geld. Wohl aber, um einen Spitzel zu bezahlen.

Wer in der letzten Zeit diesen Typen „unauffällig" durch die Mensa schleichen sah, hieß es im Text des Plakats, „kann sich denken, warum das Mensaessen ständig schlechter wird: Das Studentenwerk muß offensichtlich die Personalkosten für einen Spitzel reinholen!

Auffällig ist auch, daß dieser ‚Fixerschreck' just nach dem recht militant geführten Mensaboykott in Erscheinung tritt. Zufall? Sicher nicht! Weiß man doch, wie sehr den Studentenwerkbonzen die Angst vor ähnlich konsequenten Aktionen der Studenten im Nacken sitzt..."

Bei den Studenten fand das Plakat viel Beifall. Aber es gab auch Kritik. In einem Flugblatt, das gegen das Plakat des KSB/ML verteilt wurde, hieß es: „Leicht könnte es der Dienstaufsicht an der TH dazu dienen, Studenten und Beschäftigte (!) gegeneinander auszuspielen." Wer allerdings meint, dieses Flugblatt stamme vom RCDS (Studentenorganisation der CDU) oder ähnlichen reaktionären Organisationen, der hat sich getäuscht. Hier nehmen Leute, die sich „Kommunisten nennen, einen Spitzel in Schutz, nämlich die ‚Kommunistische Hochschulgruppe', die Studentenorganisation des KBW!

Der KSB/ML druckte daraufhin ein Flugblatt; auf einer Seite das Plakat, auf der anderen Seite Argumente gegen die Vorwürfe der KHG. 500 davon wurden am 30. Januar, dem Kampftag gegen Faschismus und Reaktion, verteilt. **Der Spitzel, der in der Woche zuvor die Plakate eigenhändig abgerissen hatte, versuchte die Flugblätter in der Mensa wieder einzusammeln. Die Studenten gaben die Flugblätter aber nicht heraus und lasen sie aufmerksam. Der Spitzel mußte sein Vorhaben aufgeben.**

Schließlich gelang es den Genossen des KSB/ML, den Spitzel vor einer großen Menge von Studenten endgültig zu entlarven — und mit ihm auch seine Verteidiger vom KBW. Die gesamte Aktion war ein voller Erfolg für den KSB/ML.

Weitere Berichte vom Kampftag gegen Reaktion und Faschismus





In insgesamt 13 Städten hatte die Partei am 30. Januar, dem 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, zu Fackelzügen aufgerufen. In Nürnberg waren es 80 Menschen, die sich am Abmarschplatz versammelten. Über 20 reihten sich während der Demonstration ein. In Hannover und München waren es an die 200, die gegen Faschismus und Reaktion demonstrierten. An der Spitze des Münchner Fackelzuges marschierte ein kleiner Spielmannszug. In Westberlin bekundeten 300 Personen durch ihre Teilnahme am Fackelzug der Partei ihre Entschlossenheit, ein neues 33 zu verhindern.

Wie sehr die Bourgeoisie diesen Kampf fürchtet, zeigte sich unter anderem in Düsseldorf und München. In Düsseldorf wurden zwei Jugendliche, von denen die Polizei glaubte, sie hätten Plakate gegen Faschismus und Reaktion geklebt, mit entsicherter Pistole bedroht: „Stehenbleiben — oder es knallt" und festgenommen. In München wurden während des Fackelzuges von zwei Flugblattverteilern die Personalien festgestellt. Zivile Polizisten nahmen Passanten die Flugblätter ab und fotografierten sogar Leute, die beim Vorbeimarsch des Fackelzuges klatschten.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 78939, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.